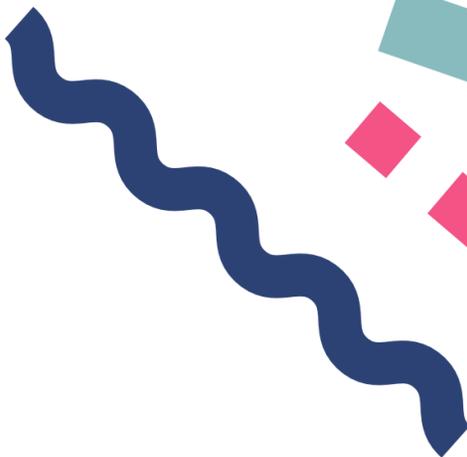
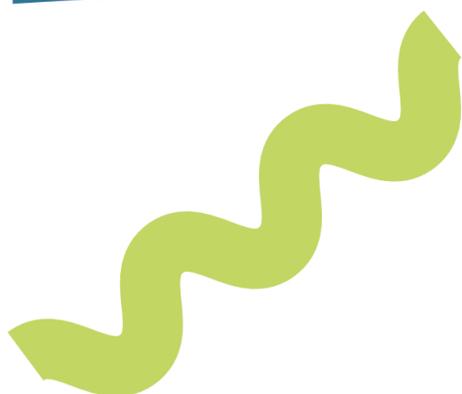


DORTMUND

SOLIDARISCH



WAS FÜR EINE STADT WOLLEN WIR EIGENTLICH?

In dieser Zeitung versammeln wir ein Mosaik von Stimmen, die Teil der Antwort sein wollen – auf den Rechtsruck, auf soziale Kälte, auf die vielfältigen Krisen unserer Zeit. Stimmen, die nicht Teil der Empörungswirtschaft sind, sondern täglich an einer solidarischen Gesellschaft arbeiten. Jede auf ihre eigene Weise, mit ihren eigenen Perspektiven, Widersprüchen und Erfahrungen.

Unsere Arbeit reicht vom Protest gegen die Kriminalisierung und Verdrängung wohnungsloser Menschen bis zum Einsatz für Verkehrsgerechtigkeit, öffentliche Schwimmbäder und Klimawende. Unsere Arbeit verbindet Menschen, die denjenigen, die uns spalten wollen, auf der Straße entgegentreten, und Menschen, die sich zusammenschließen und selbstorganisierte Räume schaffen. Sie gibt feministischen Kollektiven Raum ebenso wie praktischer Solidarität mit Geflüchteten. Sie verbindet sich mit gewerkschaftlichen Kämpfen, progressiven Parteien und stellt sich der Frage: Sollte man überhaupt wählen gehen?

Was all unsere Wünsche und Kämpfe verbindet, ist der Versuch, den Alltag ein Stück besser, gerechter, lebenswerter zu machen. Und der Mut, sich nicht mit dem Ist-Zustand abzufinden. Das ist keine Randnotiz – Es ist die Grundlage für eine andere Stadt und ein besseres Leben für alle.

Diese Zeitung ist von Dortmund-

der*innen für Dortmunder*innen. Sie ist entstanden aus dem Wunsch, sich in die lokalen Debatten einzumischen. Die Kommunalwahl 2025 wirft ihre Schatten voraus und vieles steht dabei auf dem Spiel:

- Wie wird sich unsere Stadt entwickeln?
- Wer wird gehört, wer wird verdrängt?
- Wer darf hier leben?
- Werden rechte Kräfte es schaffen, weiter an Einfluss zu gewinnen?
- Wir sagen: Nicht mit uns!

Wir geben all jenen Raum, die sonst kaum vorkommen: In der Berichterstattung, im politischen Betrieb, in den offiziellen Erzählungen über diese Stadt.

Wir machen diese Zeitung, weil wir glauben, dass diese Stimmen gehört und diese Erfahrungen sichtbar gemacht werden müssen – gerade jetzt. Denn im Empörungstrudel der sozialen Medien, zwischen Algorithmus und Aufmerksamkeitsspanne, gehen sie oft unter. Deshalb wollen wir dorthin, wo das Leben stattfindet: An die Küchentische, in Hausflure, Nachbarschaften und auf die Straße.

Wir wollen ins Gespräch kommen, streiten, widersprechen, zuhören, verbinden, füreinander eintreten – und gemeinsam als kritische Zivilgesellschaft gegen den Rechtsruck aufbegehren.

Für eine Stadt, in der Solidarität keine Floskel ist, sondern Praxis. Für eine Stadt, die nicht den Lautesten gehört, sondern den Vielen.

DER TON WIRD RAUER

Die Rhetorik der Rechten wird zunehmend normalisiert, Unsagbares sagbar gemacht. Kampagnen gegen „Genderwahn“ und „Klimadiktatur“, die Medien, Wissenschaft und Kultur angreifen, werden längst auch von der sogenannten Mitte getragen. Mit einer Enthemmung der Sprache geht auch eine Enthemmung auf der Straße einher: Es scheint, als wären die „Baseballschlägerjahre“ zurück, wenn Migrant*innen, Queers und Aktivist*innen um ihre Sicherheit fürchten müssen, während die staatliche Repression gegen migrantische und linke Selbstorganisationen, gegen kritische Stimmen der Zivilgesellschaft, zunimmt.

Diese Entwicklung betrifft uns alle – aber nicht alle gleichermaßen. Die, die ohnehin marginalisiert sind, trifft der Rechtsruck zuerst und am härtesten, denn der Abbau von Grundrechten, die Hetze und Gewalt beginnen an den Rändern der Gesellschaft.

Es ist ein viel behaupteter Unsinn, dass der Rechtsruck ein ostdeutsches

Phänomen ist. Gerade hier im Ruhrgebiet, wo sich die polarisierenden Themen unserer Zeit wie in einem Brennglas verdichten, wo eine postmigrantische Gesellschaft auf bittere Armut trifft, wo die soziale Infrastruktur bröckelt und autoritäre Antworten auf komplexe Krisen verfangen, ist die Gefahr besonders groß.

Auch in Dortmund ist die AfD in den Stadtteilen längst präsent, auch hier ringen rechte Erzählungen um Deutungshegemonie auf der Straße, in den Schulen und in den sozialen Medien. Deshalb braucht es gerade jetzt eine laute, eine aktive Zivilgesellschaft, die sich einmischt. Es braucht breite Allianzen und Bündnisse, die zusammenstehen, sich organisieren und Handlungsmacht entfalten.

ZIVIL..... GESELLSCHAFT HEISST AUCH UNBEQUEM SEIN

Unter dem Motto „Solidarität statt Hetze“ gingen im Februar Tausende Menschen und Dutzende Initiativen in Dortmund auf die Straße, um als kritische Zivilgesellschaft ein sichtbares Zeichen gegen den Rechtsruck zu setzen. Damit waren sie nicht allein – Deutschlandweit

kam es zu einer Welle von Protesten, an denen sich Hunderttausende beteiligten und die dem Rechtsruck weder die Straße noch die Stimmung in der Stadt überlassen wollen. Auslöser dafür war der Schulterschluss zwischen CDU, AfD und FDP im Bundestag, die einen rassistischen Gesetzesentwurf zur „Migrationsbegrenzung“ einbrachten.

Es ist die vielbeschworene Zivilgesellschaft, die dahin geht, wo es wehtut, die laut und unbequem ist.

Es ist die solidarische Gesellschaft, die sich nicht spalten lässt, die den Widerstand bildet gegen jene Kräfte, die wenigen Privilegierten soziale Sicherheit und vielen prekäre Lebensbedingungen beschern.

Es ist die postmigrantische Gesellschaft der Vielen, die das Feindbild nationalistischer Austeritätspolitik sowie ultranationalistischer politischer Ideologien weißer Vorherrschaft ist.

Und es reicht nicht, mit dem Finger auf die AfD und ihre Kompliz*innen zu zeigen. Es braucht Gegenentwürfe einer solidarischen Gesellschaft, Gegenentwürfe die mutig, widerständig und kreativ sind. Zivilgesellschaft heißt Haltung zeigen, sich einsetzen für eine bessere Welt, und eine lebenswertere Stadt – Das heißt manchmal auch, den Mächtigen in die Suppe zu spucken, oder besser noch: Gemeinsam eine bessere Suppe zu kochen.



DEMO »SOLIDARITÄT STATT HETZE« - 30.08.2025 ~ 12 UHR -- PLATZ DER DEUTSCHEN EINHEIT

Die Dortmunder Gruppe der OMAS GEGEN RECHTS ist Teil einer zivilgesellschaftlichen Bewegung, die 2017 in Österreich gegründet wurde und seit 2018 auch in Deutschland aktiv ist. In Dortmund engagieren sich seit April 2024 über 80 Frauen für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt – mit Haltung, Lebensweisheit und Humor. Die älteste Mitstreiterin ist 92, die jüngste 37 Jahre alt.

VOFÜR DIE OMAS STEHEN

Bundesweit zeigen mittlerweile etwa 30.000 Mitstreiterinnen Gesicht gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Frauenhass und jegliche Form von Ausgrenzung und Gewalt. Es geht ihnen jedoch nicht nur um Protest, sondern auch um Perspektiven. Als ältere Frauen bringen sie Erfahrungen, Rückgrat und Ausdauer mit – und das Selbstbewusstsein, sich sichtbar und hörbar in gesellschaftliche Debatten einzumischen. Sie stehen auf für eine demokratische, offene und gerechte Gesellschaft – jetzt und für kommende Generationen.

Die OMAS sind im Austausch mit anderen Initiativen und Protestbewegungen. Ihre ikonischen weißen Westen leuchten bei Stadtteilfesten und Infoständen, auf Demonstrationen, Kundgebungen oder Mahnwachen: Gemeinsam mit vielen anderen gedachten die OMAS GEGEN RECHTS Dortmund am 80. Jahrestag der November-Pogrome. Ihre lauten Trillerpfeifen empfangen die Delegierten des AfD-Parteitag in Marl im Januar 2025. Im Februar beim „Lichtermeer für die Demokratie“ begeisterten sie mit einer Rede; am Karfreitag liefen sie mit beim Gedenkmarsch an die Morde in der Bittermark, mit dabei waren sie aber auch bei der Demonstration zum 1. Mai, beim Weltflüchtlingsstag, beim Demokratiefest in Marten und bei vielen anderen Veranstaltungen.

VOR DER KOMMUNALWAHL IN NRW

Die Dortmunder OMAS GEGEN RECHTS rufen unter dem Motto „Du hast die Wahl. Du bist Dortmund. Entscheide selbst.“ zur Wahl auf. Als überparteiliche Bewegung gilt ihr Aufruf nicht der Wahl einer bestimmten Partei, sondern der Demokratie selbst. Besonders richtet diese Botschaft sich an Menschen, die bisher nicht gewählt haben, denn Wählen ist Mitgestalten, und jede Stimme zählt.

OMAS wissen, warum es wichtig ist, demokratisch zu wählen, sind doch nicht wenige von ihnen noch während oder kurz nach dem letzten Weltkrieg geboren und aufgewachsen.

Bei „Kaffee und Kuchen“, bei Infoständen und Veranstaltungen werden sich die OMAS GEGEN RECHTS nicht nur in Dortmund für die Demokratie stark machen. Sie werden zeigen, warum sich das für alle lohnt. Sie werden zuhören, offen und respektvoll diskutieren, Menschen dabei helfen, sich zu informieren und ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen. Sie werden verbinden und ermutigen – denn Demokratie lebt davon, dass möglichst viele mitmachen.

Kontakt und Termine —
omasgegenrechtsdortmund.de
omas.gegen.rechts-dortmund@gmx.de

EINE GERECHTE GESELLSCHAFT – JETZT UND FÜR KOMMENDE GENERATIONEN



WAS SOLL DAS

Zahlreiche Parteien treten bei der Kommunalwahl an, um bei den Wahlberechtigten um Stimmen zu werben und in den nächsten fünf Jahren die Kommunalpolitik in Dortmund mitzugestalten. Aus den Reihen der Parteien, die sich darüber streiten, ob und wie z.B. Kindergärten, Parkanlagen, neue Bauprojekte oder Teilhabe am Stadtleben für arme Menschen finanziert werden soll, sticht eine Partei heraus. Die sogenannte Alternative für Deutschland (AfD). Ihr Kernanliegen ist es, Wähler*innen weiszumachen, dass es ihnen besser ginge, wenn es anderen nur schlechter ginge.

Die AfD ist im zwölften Jahr ihres Bestehens die erfolgreichste extrem rechte Partei in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit ihrer Hetze gegen Menschen, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern nicht in diesem Land geboren sind, gegen Menschen, die Sozialleistungen benötigen, um sich Essen und Kleider leisten zu können, gegen Menschen, die sich nicht in die traditionellen Geschlechterrollen einfügen wollen oder können, stellt die AfD aktuell den bedrohlichsten Angriff auf die solidarische Gesellschaft dar und ist in Teilen der Republik auf dem Weg an die Macht.

Auch in Dortmund würde die Partei, die aktuell mit einer kleinen Fraktion im Stadtrat vertreten ist, gerne mehr Einfluss gewinnen und tritt deshalb mit einem Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl an. Die Kernanliegen ihres Spitzenkandidaten Heiner Garbe sind

schnell zusammengefasst: Von der Vertreibung von Menschen, die er rassistisch abwertet, erhofft er sich einen Profit für die Leute, die für ihn in Dortmund sein dürfen; er nennt das eine „Remigrationsdividende“. Dazu passt gut, dass der Spitzenkandidat der AfD das städtische Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus diffamiert. Jemanden, der selbst Vertreibungen plant, kann die mahnende Erinnerung an frühere Deportationen nur stören.

Die einzige Forderung mit etwas kommunalpolitischem Bezug dreht sich darum, dem Autoverkehr Vorrang vor anderen Verkehrsteilnehmenden zu sichern. Die AfD arbeitet seit Jahren dagegen an, z.B. Schulwege durch Verkehrsberuhigungen zu sichern oder Raum zu schaffen, um Fahrradverkehr und Autoverkehr zur Unfallverhütung zu trennen.

Bei all diesen Forderungen hofft die AfD auf ein Bündnis mit der CDU. Nach der Kooperation der Unionsfraktion unter Merz mit der AfD im Bundestag prophezeit die AfD, dass auch in Dortmund „Brandmauern brechen“.

Dass der Kandidat der AfD für die „Freiheit der Rede“ kämpfen will, wirft die Frage auf, welche Dinge diese Leute meinen, nicht sagen zu dürfen – oder ob es sich nicht eher um den Wunsch handelt, für die eigene Hetze nicht kritisiert zu werden. Hier lohnt sich ein Blick darauf, wer eigentlich für die AfD bei den Kommunalwahlen antritt.

Neben OB-Kandidat Heiner Garbe umfasst die Reserveliste der AfD 20 Kandidat*innen, auf Platz zwei und drei

mit Patricia Hillemann und Barbara Palluch sogar zwei Frauen. Das war es dann aber schon fast mit der weiblichen Repräsentanz: Von den 18 weiteren Plätzen fällt lediglich ein weiterer an eine Kandidatin. Ein Name auf der Liste sticht besonders ins Auge: Matthias Helferich. Das selbsternannte „freundliche Gesicht des NS“ hat in der Vergangenheit vor allem durch sein Kokettieren mit NS-Inhalten und Symboliken auf sich aufmerksam gemacht. Dass er dafür aus der damaligen Bundestagsfraktion geworfen wurde, scheint den Kreisverband in Dortmund wie auch seine Wähler*innenschaft kaum zu stören: Nach seiner Kandidatur als Direktkandidat für Wahlkreis 142 bei den vergangenen Bundestagswahlen landet Helferich nun auf Listenplatz 4 für die Kommunalwahlen.

Matthias Helferich ist unverkennbar ein Anhänger des Rechtsaußen-Flügels rund um Björn Höcke, mit dem er gerne gemeinsam auftritt. Aus seinem Vorhaben, mit seiner parlamentarischen Arbeit die rechte Szene unterstützen zu wollen, macht Helferich keinen Hehl: Er sinniert offen darüber, wie man mit seinen parlamentarischen Einkünften eine rechte „Kampf- und Gesinnungsgemeinschaft“ formen könne. Mit seiner Politik kommt er auch bei den Dortmunder Neonazis gut an: Als Helferich im November 2021 zu einer Demonstration

„gegen Impfwang, Inflation und Massenmigration“ mobilisierte, folgten dem Aufruf ca. 20 Neonazis, die im Umfeld der Demo Gegendemonstrant*innen angriffen.

Ganz auf Helferichs Linie ist auch der Kandidat auf Listenplatz 5, Mike Barthold. Barthold war bis zu deren Auflösung im März 2025 Teil des Landesvorstands der Jungen Alternative (JA) NRW. Während sich die Mutterpartei von ihrer ehemaligen Jugendorganisation distanzierte, weil ihr diese doch zu offen rechts auftrat, agierte Helferich stets als Schirmherr: Als im Januar 2024 durch die Correctiv-Recherchen unter dem Schlagwort „Remigration“ Pläne der AfD an die Öffentlichkeit gelangten, große Teile der Bevölkerung aus Deutschland zu vertreiben, veranstaltete die JA eine „Remigrationsparty“ in Helferichs Büroräumlichkeiten in Dorstfeld. Der Jura-Student Barthold ist als rechte Hand Helferichs nicht der erste Rekrut aus dem JA-Landesvorstand. Sein Vorgänger Nils Hartwig, der zuvor bei Helferich beschäftigt war, wurde 2024 wegen Bedrohung und Denunziation einer Parteikameradin aus der AfD ausgeschlossen. Hartwig war seiner-

seits trotz Unvereinbarkeitsbeschluss der AfD zeitgleich Aktivist bei der extrem rechten Identitären Bewegung sowie Mitglied der Burschenschaft Normannia Nibelungen Bielefeld.

Die restlichen Kandidat*innen der Reserveliste sind abseits von Heiner Garbe recht profillos. Die Parteikamerad*innen halten sich inhaltlich eher bedeckt und fungieren als Mannschaft für den extrem rechten Helferich, auf den sie ihren Kreisverband zugeschnitten haben. Die Nominierung Helferichs erfolgte allerdings vor dem Entschluss des Landesverbands der Partei rund um Martin Vincenz von Anfang Juli 2025, Helferich aus der AfD auszuschließen. Wie der Kreisverband mit dem Ausschluss seines prominentesten Mitglieds umgeht und wer dann an die Spitze drängt, bleibt abzuwarten.

Kontakt ~~~~~
aa170.noblogs.org

FACE2FACE & SCHLAFEN STATT STRAFEN

Es wird immer offensichtlicher, insbesondere im Stadtbild in der Innenstadt: Die Zahl der Menschen ohne festen Wohnsitz und der Menschen, die auf Einnahmen durch Betteln oder Pfandsammeln angewiesen sind, ist rapide gestiegen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Menschen ohne festen Wohnsitz nahezu verdoppelt.

Hinter all diesen Menschen stecken Einzelschicksale. Gründe für Wohnungslosigkeit sind individuell und vielfältig, jedoch sind die Hauptursachen für steigende Armut und Wohnungsnot strukturell. Die Hürden, um das Sicherungs- und Unterstützungssystem unseres ‚Sozialstaates‘ in Anspruch zu nehmen, sind zu hoch angesiedelt, das Hilfesystem ist durchsetzt von neoliberaler Markt- und Verwertungslogik und Inflation. Fluchtursachen verschärfen die angespannte Situation zusätzlich.

Menschen auf der Straße leben buchstäblich am Rande unserer Gesellschaft. Sie sind massiv von Stigmatisierung und Exklusion betroffen und der Diskurs um Wohnungslosigkeit ist dominiert von menschenverachtenden Positionen. Er wird durch eine unmenschliche Härte beherrscht, die einen erschauern lässt.

„Angenehmes Shopping-Erlebnis“, „Bettelverbotszonen“, „Belästigung“, „aggressives Betteln“, „Ordnungswidrigkeiten“, „unerlaubtes Campieren“ – um diese und ähnliche Schlagwörter dreht sich zurzeit die Debatte, wenn es um Wohnungslose geht.

Aber wann hat das eigentlich angefangen, so zu klingen? Sind es wirklich die Drogen, die immer härter werden, die Wohnungslosen, die immer dreister betteln? Oder gibt es seit einigen Jahren einen vehementen Rechtsruck, der bei den Ärmsten und Schwächsten ansetzt?

Es ist erschütternd, wenn Wohnungslose berichten, wie ihnen schamlos auf der Straße von Passant*innen gesagt wird: „Dich hätten sie früher

auch vergast.“ Doch genau dies ist momentan die bittere Realität. Eine Diskursverschiebung, die Dinge wieder sagbar macht, hat längst auch Einzug gehalten in die Auseinandersetzung mit Armut und Wohnungslosigkeit. Der Rechtsruck, welcher einhergeht mit dem massiven Erstarken gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, trifft auch wohnungslose Menschen mit besonderer Härte. Hierbei dominiert eine Logik, die Menschen nicht als Betroffene eines dysfunktionalen Sozialstaates ansieht, sondern ihre prekäre Situation wie selbstverständlich als eigenverschuldet begreift.



© Sally Victory Jüssen

So reicht es nicht mehr, nur anzuprangern und darauf aufmerksam zu machen, dass wir mehr Unterstützung für Menschen in prekären Lebenslagen brauchen, mehr städtischen Wohnraum, mehr niedrigschwellige Übernachtungsangebote, mehr Finanzierung sozialarbeiterischer Angebote. Neben diesen Forderungen, die seit Jahren von Initiativen und Wohlfahrts-

trägern an die Politik herangetragen werden, muss das Thema Wohnungslosigkeit und Armut inhaltlich auch Teil von Kampagnen sein, die sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit richten. Thematisierung von Wohnungslosigkeit und von Armut der betroffenen Menschen muss Teil von antifaschistischer Bildungs- und Aufklärungsarbeit sein.

So fordern wir von der Kommunalpolitik nicht, wie es momentan häufig passiert, einen rechten Diskurs zu befeuern, indem Wohnungslosigkeit primär als Störung des Stadtbildes begriffen wird, sondern den tatsächlichen

für Menschen, deren prekäre Lebenslage wohl schon Bestrafung genug ist. Wir fordern gesellschaftliche Aufklärung über Armut und ihre Ursachen statt einer diskursiven Verschärfung von Stigmatisierung.

Konkret heißt dies zum einen ein Ausbau der bestehenden Angebote der Wohnungs- und Suchtkrankenhilfe und die Schaffung von mehr sozialem, nicht privatisiertem, Wohnraum im Rahmen eines umfassenden städtischen Programms. Zum anderen die Einflussnahme auf den gesellschaftlichen Diskurs und das Beenden von Narrativen, die wohnungslose Menschen als Menschen zweiter Klasse einordnen.

In der Dortmunder Zivilgesellschaft gibt es neben großartigen Vereinen wie z.B. bodo e.V. mehrere solidarische Initiativen in Selbstorganisation, die sich gegen Verdrängung von wohnungslosen Menschen aus der Innenstadt und allen damit verbundenen Repressions- und Vertreibungsstrategien sowie damit zusammenhängende Kampagnen einsetzen.

Die Bürger*inneninitiative "Schlafen statt Strafen" wurde zum Beispiel durch ein großes Protestcamp im Winter 2023 bekannt und ist auch weiterhin aktivistisch aktiv. Gruppentreffen finden immer mittwochs im Kasino in der Mallinckrotstraße 234 statt. Schreibt gerne vorab an schlafenstattstrafen@riseup.net, wenn ihr vorbeikommen wollt.

Face2Face macht eher praktische Arbeit in Form von Touren jeden Sonntag, um Menschen auf der Straße z.B. mit Getränken und Snacks zu versorgen, aber auch, um sich Zeit zu nehmen für Gespräche auf Augenhöhe. Auch hier werden immer Menschen gesucht, die mitmachen. Meldet euch gerne per Mail bei face2face@riseup.net.

Kontakt — schlafen-statt-strafen.org
Instagram — @face2face_dortmund
@schlafenstattstrafen

STADTUMBAU NORD: ZWISCHEN HOCHGLANZ-QUARTIEREN UND MARODEN SCHWIMMBÄDERN

Was machen die da eigentlich? - Diese Frage hört man häufig, wenn man über Baustellen in der Stadt spricht. Je größer die Baustelle, je tiefgreifender die Veränderung im Viertel, desto mehr schwingt auch der Vorwurf mit: Was machen die mit meinem Viertel, ohne mich zu fragen, obwohl ich hier wohne? Und die? Wer sind die eigentlich?

Dortmund verändert sich. Besonders die Nordstadt wird gerade an allen Ecken umgebaut - vom Karlsquartier auf der Fläche der ehemaligen Westfalenhütte über das Nordbad bis zum neuen Hafenviertel an der Speicherstraße.

Auch wenn die Projekte meist von profitorientierten Investor*innen initiiert und Bauarbeiten von privatwirtschaftlichen Unternehmen durchgeführt werden, kommt kein größeres Projekt an der Verwaltung und der Politik vorbei. So wurde der Umbau des Hafens, bekannt unter dem Marketingnamen ‚Hafenviertel Speicherstraße‘, direkt vom Rat der Stadt angestoßen. Einige Ratsmitglieder sahen hier teilweise eine Chance, unsere Stadt in Hochglanzbroschüren auf Immobilienmessen zu präsentieren. Einige Lagerhäuser wurden bereits zu Bürogebäuden umgewandelt. Weitere Neubauten

mit Büros und Gastronomieflächen sind geplant. Einer Stadtteilinitiative ist zu verdanken, dass hier die Wirtschaftsförderung nicht als Schwanz mit dem Stadtrat als Hund wedeln konnte und es zumindest der Slogan 'Hafen für alle' in die Planungen geschafft hat. Eine der Hauptforderungen der Initiative, das Projekt zum Anlass zu nehmen, um den Mietensinn im umliegenden Viertel anzugehen, stieß bei allen Parteien rechts der Grünen auf taube Ohren, ja sogar auf Spott.

Das geplante Karlsquartier am Borisplatz hat, weil es sich um ein Wohn- und kein Gewerbequartier handelt, einen direkteren Zusammenhang mit dem Problem der hohen Mieten. Hier werden in aufgelockerter Bauweise 800 neue Wohnungen, eine Grundschule, eine Kita, Supermärkte und Cafés entstehen. Die Entscheidung darüber, wer hier Wohnungen bauen darf (Miethaie wie Vonovia? Genossenschaften? Dogewo?) ist genauso eine politische wie die, lediglich jede vierte Wohnung durch eine Mietpreisbindung mittelfristig bezahlbar zu halten.

Die Kosten für die Dortmunder*innen niedrig zu halten, ist für keines dieser beiden Projekte zentral. Niedrige Kosten waren den tonangebenden Ratsmitgliedern allerdings sehr wichtig, als jahrzehntelang kein Geld da war, um

das Nordbad instand zu halten und irgendwann zu sanieren. Jetzt ist es so marode, dass ein Neubau nicht teurer ist. Statt den für das Viertel sehr günstigen und auch mit der Stadtbahn gut angebundenen Standort zu erhalten, hat der Rat kürzlich einen Neubau auf dem Sportplatz eines Nordstadt-Fußballvereins beschlossen und das Bad damit aus der Mitte des Viertels an den Rand gelegt. Dieser Vorschlag der Verwaltung war übrigens von SPD, CDU und AFD beschlossen, während die Bezirksvertretung Nord, die die direkten Auswirkungen spüren wird, ihn abgelehnt hatte. Vor 2030 ist mit der Eröffnung des Neubaus nicht zu rechnen; Kinder der Nordstadt müssen weite Wege auf sich nehmen, um schwimmen zu lernen.

Diese Prioritäten sind kein Zufall: Die Parteien sind überwiegend sehr transparent, für wen sie Politik machen. Die Kommunalwahl ist eine Chance, Menschen in den Rat zu wählen, die sich für die Menschen der Nordstadt einsetzen, nicht für Parteispender*innen und die Immobilienwirtschaft. Damit wir nicht mehr fragen müssen: „Was machen die da?“, sondern damit wir sagen können: „Hier geht es voran!“ und uns dabei sicher sein können, das niemand auf der Strecke bleibt.

ANWOHNER*INNEN AUS DER NORDSTADT

EINE SOLIDARISCHE STADT BRAUCHT VERKEHRS-GERECHTIGKEIT

➤ NATURFREUND*INNEN
DORTMUND NORD

Als vor einem Jahr, am 4. September 2024, Monat später ein Schüler an der Münsterstraße in Dortmund von einer Straßenbahn erfasst und schwer verletzt wurde, waren die Bestürzung und die Betroffenheit in der Nordstadt sehr groß. Einen Monat später gingen über 450 Menschen, überwiegend Schulkinder und ihre Eltern, in der Dortmunder Nordstadt auf die Straße, um für sichere Schul- und Kitawege zu demonstrieren.

In unmittelbarer Nähe zur Münsterstraße liegen die Albrecht-Brinkmann-Grundschule, die Libellen-Grundschule, die Nordmarkt-Grundschule, die Anne-Frank-Gesamtschule und das Helmholtz-Gymnasium. Hunderte Schüler*innen überqueren täglich auf dem Schulweg die vierspurige Straße mit der in der Mitte geführten Stadtbahn. An den Kreuzungen kommt es regelmäßig zu schweren Verkehrsunfällen. Offensichtlich ist die Münsterstraße mit dem Fokus auf den PKW-Verkehr und die Stadtbahn geplant worden. Fußgänger*innen bleiben nur schmale Steige und gefährliche Überwege. Radverkehr ist schlicht nicht vorgesehen.

AUTO AUTO AUTO

Die Situation an der Münsterstraße soll hier nur ein Beispiel sein. Denn ähnliche Situationen sehen wir in der gesamten Nordstadt, in ganz Dortmund, so wie in vielen Städten Deutschlands, Europas und der ganzen Welt. Das Auto als individuelles Verkehrsmittel steht im Fokus eines Mobilitätssystems, das sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Das Auto verdrängt seit Anfang des letzten Jahrhunderts andere Verkehrsteilnehmer zunehmend, seien es Lasten-Fahrräder, Straßenbahnen oder den Eisenbahnverkehr. Dabei lässt der ständige Konsum von PKW auf der einen Seite die Wirtschaft kontinuierlich wachsen und sichert vermeintlich Arbeitsplätze, auf der anderen Seite dient der eigene PKW als Investitionsobjekt und Statussymbol. Auf die Spitze treibt es mit dieser Erzählung der extrem rechte US-Unternehmer Elon Musk, der ein autonomes Auto sinniert, das, wenn nicht von den Besitzer*innen genutzt, eigenständig als Taxi Geld verdienen soll. Immer mehr und immer größere PKW drängen in die Städte und verschärfen die Verkehrssituation.

Hierbei ist die mangelnde Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer*innen nur eines der Probleme, die durch den immer weiter anwachsenden Autoverkehr entstehen. PKW verbrauchen zum Fahren und vor allem zum Stehen enorm viel Platz. Abgase und Lärm senken die Lebensqualität und verkürzen das Leben der Bewohner*innen nachweislich.

Info ~~~~~

natur-freund.in

Mail -----

kontakt@natur-freund.in

Mastodon

ruhr.social/@NF_DO_NORD

RECHTER KAMPF GEGEN KLIMA- UND VERKEHRS-GERECHTIGKEIT

Konfrontiert mit dieser Situation versuchen einige Kommunen, dieses sich selbst verstopfende System durch Reglementierung einzuhegen und so vor dem Kollaps zu bewahren. Geschwindigkeiten werden reduziert, Fahrstreifen durch Radwege ersetzt, Parkraum eingeschränkt oder Parkgebühren erhoben. Obwohl die Maßnahmen im Sinne der Allgemeinheit oft alternativlos erscheinen, folgt nicht selten eine rechte Kampagne gegen diese Maßnahmen. Sehr medienwirksam konnte dies in Berlin verfolgt werden, wo auch die CDU den Kampf gegen die Radwege zu einem zentralen Kommunalwahlthema gemacht hat. Auch sehen wir, dass soziale Bewegungen, die sich Mobilitäts- und Klimafragen widmen, zur Zielscheibe von Neonazis und der extrem rechten AfD werden. Im CSU-regierten Bayern werden Klimaaktivist*innen wie Terroristen staatlich verfolgt.

VERKEHRSWENDE STATT ANTRIEBSWENDE

Damit alle Menschen sicher am Straßenverkehr partizipieren können, muss sich die Verkehrspolitik grundlegend ändern. Während Dortmund einer Studie des Car Centers Automotive Research (CAR) der Universität Duisburg-Essen zufolge die Großstadt (mehr als 500.000 Einwohner:innen) mit der höchsten Autodichte ist – auf 1.000 Einwohner*innen kommen 410 Fahrzeuge –, landet die Stadt im Fahrradklima-Test 2024 des Allgemeiner Deutschen Fahrrad-Club e. V. (ADFC) auf Platz 13 von 15 unter den Großstädten. Neben der Breite und dem Zustand der Radwege bemängelten die Teilnehmer*innen gefährliche Situationen durch parkende Autos auf Radwegen, an Kreuzungen und vor allem beim Überholen durch Autofahrende, die den vorgeschriebenen Sicherheitsabstands von 1,5 Metern missachten.

Doch nicht nur die Fahrradinfrastruktur müsste ausgebaut werden, um zu einer wirklichen Verkehrswende zu gelangen. Das gesamte Verkehrssystem muss radikal umgestaltet werden, das Auto darf dabei nicht mehr als primäres Verkehrsmittel gedacht werden. Der ÖPNV muss ausgebaut werden und die Nutzung kostenlos sein. Auch Fußgänger*innen brauchen freie und sichere Wege, die zum Spazieren und Verweilen einladen.

Wenn wir diesen Bogen von der schrecklichen Verkehrssituation vor der eigenen Haustür über die kapitalistische Produktionslogik zu den rechten Bewegungen der heutigen Zeit schlagen, wird eines klar: Wir können nicht losgelöst voneinander gegen unsinnige Mobilitätssysteme, eine klimazerstörende Energiepolitik oder extrem rechte Strukturen kämpfen. Wir müssen diese Kämpfe miteinander in Verbindung setzen, gemeinsam die kapitalistische Produktionslogik durchbrechen und eine solidarische Gesellschaft schaffen.

GEMEINSAM FÜR EINE NACHHALTIGE FAHRRADKULTUR IN DORTMUND

➤ VELOKITCHEN DORTMUND

Wer sind wir? Die Velokitchen! In der Nordstadt gibt es einen besonderen Ort, der nicht nur Fahrradliebhaber*innen offen steht, sondern allen, die an einer nachhaltigen und solidarischen Gemeinschaft interessiert sind. Hier treffen sich Menschen jeden Alters und Hintergrunds, um gemeinsam an ihren Fahrrädern zu schrauben oder um spannende Aktionen und Events rund ums Rad umzusetzen.

FAHRRAD W~W WERKSTATT & FAHRRADKULTUR

Die Werkstatt der Velokitchen öffnet jeden Montagabend ihre Türen. Egal, ob du schon Erfahrung im Schrauben mitbringst oder ein Neuling bist – alle sind willkommen! In einer freundlichen Atmosphäre kannst du dein Fahrrad selbst reparieren oder unter Anleitung lernen, wie das geht. Das Prinzip ist einfach: Wer mehr Erfahrung hat, teilt sein*ih Wissen mit denjenigen, die Unterstützung benötigen. So entsteht nicht nur ein Raum zum Lernen, sondern auch eine lebendige Gemeinschaft im Stadtteil.

Bei unseren Treffen kochen wir gemeinsam vegan, häufig mit geretteten Lebensmitteln vom Foodsharing. Hier kannst du einfach dazu kommen, mitkochen und beim gemeinsamen Essen mit den unterschiedlichsten Menschen quatschen.

Immer mittwochs plant die Velokitchen Veranstaltungen rund ums Thema Radkultur. Dazu gehören das Ketten-theater und das Kettenkino, mit dem wir den öffentlichen Raum zurückerobern: Wir nutzen Flächen als Bühnen für Improtheater oder Fassaden als Projektionsfläche für Kurzfilme.

Dass der öffentliche Raum aktuell sehr ungerecht verteilt ist, davon zeugen nicht zuletzt die weißen Ghostbikes an Dortmunder Kreuzungen. Für einen elfjährigen Jungen, einen 63-jährigen Radfahrer und einen 85-jährigen Senioren waren die Wege durch die Nordstadt nicht sicher – sie endeten jäh, als sie von LKW-Fahrenden aus dem Leben gerissen wurden. Mit den weiß lackierten Fahrrädern erinnern wir an den Orten der Kollisionen an das tödliche Versagen der Verkehrspolitik.

Info -----

velokitchen-dortmund.de

EIN RAUM ----- FÜR VIELFALT

Mit neuen Formaten schaffen wir Zugänge zu Themen und Räumen, die bisher von cis-Männern dominiert werden. So gibt es in unregelmäßigen Abständen die FLINTA*-Werkstatt, um einen Safer Space anzubieten. Wir versuchen, FLINTA*s bevorzugt Gehör zu verschaffen: Bei unserer Kinovorstellung von „Women Don't Cycle“ berichteten Radfahrerinnen aus Dortmund und der ganzen Welt von ihren Erfahrungen mit dem Radfahren in ihrem Alltag (und bewiesen damit das Gegenteil des Filmtitels).

EIN STARKES NETZWERK

Dortmund ist vielfältig und bunt – das ist gut! Deshalb arbeiten wir gerne mit anderen Gruppen zusammen, zum Beispiel in den vielen weiteren Projekten, die neben der Velokitchen ebenfalls unter dem Dach der Initiative für Nachhaltigkeit e.V. als Trägerverein angesiedelt sind: der freie Lastenradverleih „Dein RUDOLF“ mit Ausleihstationen in ganz Dortmund, die Radpolitik-AG „Aufbruch Fahrrad Dortmund“ oder die Familien-Fahrraddemo „Kidical Mass Dortmund“. Zusammen bilden wir ein starkes Netzwerk, in dem wir uns mit unseren diversen Expertisen und Erfahrungen ergänzen.

So sind wir Teil des Orgateams der jährlichen Fahrradsternfahrt.Ruhr – einer Großdemo auf dem Fahrrad. Am 16. August 2025 kommen wir das nächste Mal aus allen Himmelsrichtungen zusammen und schließen uns erstmalig für eine gemeinsame Zwischenkundgebung mit dem CSD zusammen. Aus ganz NRW radeln Menschen nach Dortmund und fordern eine Stadt für alle.

MITMACHEN W~W

Die Velokitchen heißt alle (freundlichen) Menschen willkommen! Wir setzen uns für Nachhaltigkeit und Mobilität für alle ein und möchten einen Raum schaffen, in dem sich alle wohlfühlen und ihre Stimme erheben können. Wenn du Interesse hast am gemeinsamen Schrauben oder Kochen – komm einfach mal vorbei! Ohne Anmeldung, einfach montags oder mittwochs nach 18 Uhr in der Bornstraße 138. Lass uns gemeinsam etwas bewegen! Die Velokitchen freut sich auf dich!

KLIMASCHUTZ MUSS ENDLICH AUCH AUF KOMMUNALER EBENE

PRIORITÄT BEKOMMEN

FRIDAYS FOR FUTURE DORTMUND

In Dortmund gingen erstmals am 18. Januar 2019 Menschen als Fridays for Future auf die Straße. Woche für Woche wuchs die Zahl der Teilnehmenden. Im März 2019 fand der erste globale Klimastreik statt. Auch danach wurden unsere wöchentlichen Demos immer größer. Am 24. Mai 2019 – kurz vor der Europawahl – folgte der zweite globale Klimastreik. Ein besonderer Höhepunkt war der Sommerkongress von Fridays for Future Deutschland im August 2019 in Dortmund. Rund 1500 Klimaaktivist*innen aus dem ganzen Bundesgebiet kamen in den Revierpark Wischlingen, um sich zu vernetzen, weiterzubilden und Perspektiven zu entwickeln. Am 20. September 2019, dem dritten internationalen Klimastreik, demonstrierten wir mit 12.000 Menschen in der Dortmunder Innenstadt.

Für den 24. März 2020 war der fünfte Globale Klimastreik geplant, doch der erste Corona-Lockdown machte ihn unmöglich. Auch wir mussten überlegen, wie es weitergehen kann. Eine digitale Phase begann: Online-Plena statt persönlicher Treffen, Online-Demos, Social-Media-Kampagnen und kontaktarme Protestformen prägten unseren Aktivismus. Nach und nach fanden aber

auch wieder physische Aktionen statt. Die Dringlichkeit der Klimakrise blieb oder wurde sogar noch größer.

Ein zentrales Thema war im Mai 2020 die Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerks Datteln IV. Während über den Kohleausstieg verhandelt wurde, ging ein neues fossiles Großkraftwerk ans Netz – aus unserer Sicht ein klimapolitischer Skandal. Wir beteiligten uns intensiv an den Protesten gegen Datteln IV, etwa durch koordinierte Anreisen und mehrere Fahrraddemos von Dortmund nach Datteln.

Im September 2020 fanden die Kommunalwahlen in NRW statt. Auch wir brachten unsere Forderungen in den Wahlkampf ein. Dazu gehörten unter anderem die Einführung eines 365-Euro-Tickets für den ÖPNV, um klimafreundliche Mobilität für alle bezahlbar zu machen, sowie die Schaffung eines Sozial-Ökologischen Zentrums.

Ein wichtiges Anliegen war in den letzten Jahren unsere Beteiligung an der #WirFahrenZusammen-Kampagne, einer bundesweiten Kooperation von Fridays for Future mit der Gewerkschaft ver.di. Gemeinsam mit Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr haben wir mehrfach gestreikt und demonstriert. Für uns ist klar: Eine echte Verkehrswende muss sozial gerecht und klimafreundlich sein. Sie braucht nicht nur mehr Busse und Bahnen, sondern auch gute Arbeitsbedingungen für die Menschen, die sie fahren. Wenn

Fahrer*innen unterbesetzt, überlastet und schlecht bezahlt sind, leidet auch die Qualität des Nahverkehrs.

Als Anfang 2023 die Räumung von Lützerath bevorstand, war für uns klar: Wir werden nicht schweigen, wenn für fossile Profite ein weiteres Dorf dem Braunkohleabbau geopfert wird. Im Dezember 2022 und Januar 2023 organisierten wir in Dortmund mehrere Demos und Kundgebungen, um unsere Solidarität mit den Aktivist*innen vor Ort zu zeigen und den politischen Druck lokal zu erhöhen. Lützerath wurde für uns zum Symbol dafür, wie stark die Politik noch immer Konzerninteressen wie denen von RWE folgt – und wie weit wir vom 1,5-Grad-Ziel entfernt sind. Gemeinsam mit vielen anderen haben wir deutlich gemacht: Wer Dörfer abreißt, zerstört nicht nur Lebensraum, sondern auch Vertrauen in die Klimapolitik. Unsere Aktionen waren Teil einer bundesweiten Mobilisierung, die zeigte: Die Klimabewegung schaut nicht weg, sondern handelt auch in schwierigen Zeiten entschlossen.

Im September 2023, einen Tag vor unserem Großstreik, veröffentlichte die Stadt Dortmund als Reaktion auf eine Anfrage von uns ein Gutachten zum Handlungsprogramm Klima-Luft 2030. Die Ergebnisse waren ernüchternd: Das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 wird deutlich verfehlt, wenn nicht grundlegend umgesteuert wird. Für uns war klar: Wir brauchen endlich eine konsequente Umsetzung lokaler Klimaschutzmaßnahmen. Doch in der Ver-

waltung fehlen Personal und Budget, um bestehende Pläne umzusetzen oder neue Maßnahmen zu starten. Deshalb forderten und fordern wir, dass Klimaschutz zur Priorität im städtischen Haushalt wird. Ein konkreter Schritt wäre der Verkauf der zahlreichen RWE-Aktien, die Dortmund weiterhin hält. Mit den Erlösen könnten kurzfristig Klimaschutzprojekte finanziert werden. Auch Gelder aus dem Verkauf der städtischen STEAG-Beteiligung müssen in die sozial-ökologische Transformation fließen. Wer Klimaneutralität will, muss bereit sein, entsprechend zu handeln.

Ein Highlight war unsere Fahrraddemo im Juni 2025 durch den Tunnel Wambel. Dieser Tunnel, Teil einer Kraftfahrstraße im Dortmunder Osten, war schon früher Ziel von Demos, doch diesmal untersagte die Polizei die Route mit Verweis auf Sicherheitsbedenken. Das wollten wir nicht akzeptieren: Für uns ist der Tunnel ein Symbol autozentrierter Verkehrspolitik, die wir überwinden wollen. Wir klagten vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen und verloren zunächst. Doch vor dem Oberverwaltungsgericht Münster bekamen wir Recht. Das Gericht erkannte an, dass das Demonstrationsrecht auch an ungewöhnlichen Orten gilt. Als wir schließlich mit Hunderten Radfahrenden durch den Tunnel fuhren, war das ein starkes Zeichen für die

Verkehrswende – und ein wichtiger Erfolg für das Recht auf Protest im öffentlichen Raum.

Klimaschutz muss endlich auch auf kommunaler Ebene Priorität bekommen. Zur Kommunalwahl 2025 fordern wir deshalb: Mehr Investitionen in den Ausbau des Fernwärmenetzes in Dortmund. Dies geht nur mit Unterstützung durch das Land und den Bund. Das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2035 darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss konkret und überprüfbar umgesetzt werden. Neue Straßenprojekte wie die Nordspange, die nur mehr Autoverkehr erzeugen, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen setzen wir uns für sichere, durchgängige Fahrradwege und eine echte Verkehrswende ein.

Kontakt -----
fridaysforfuture.de

SPORT – SELBSTORGANISIERT, KONKURRENZARM, UNTERDRÜCKUNGS- SENSIBEL UND SOLIDARISCH

EINIGE SPORTENTHUSIAST*INNEN

Neben Theater, Film, Radio (zugegeben etwas von der Bildfläche verschwunden), Malerei (von Bleistift bis Sprühdose), bildenden Künsten und und und gehörte auch gemeinsame sportliche Betätigung immer schon zum Repertoire linker (Gegen-)Kultur.

Während dies in den vergangenen Jahrzehnten jedoch häufig als reine "Freizeit" und oft in vorbestehenden Vereinen/Sportschulen oder als passive Teilnahme (z.B. BVB) stattfand, gibt es in Dortmund in den letzten Jahren eine Tendenz, in bester D.I.Y.-Manier und in explizit politischem Setting Sportangebote zu organisieren und öffentlich zugänglich zu machen.

Diese selbstorganisierten Sportgruppen sind entweder als Abteilungen Teil von vorbestehenden Vereinen geworden oder treffen sich weiterhin ohne Vereinsstruktur oft angegliedert an subkulturelle Orte wie das Kasino, die Stallgasse, das SÖZ! oder andere.

Allen diesen Angeboten gemein ist ein besonders hoher Anspruch an den Umgang miteinander. Es geht nicht oder nicht allein um persönlichen Spaß, Selbstoptimierung und Durchsetzung in empfundener oder tatsächlicher Konkurrenz. Vielmehr ist das Ziel gemeinsame Freude an Bewegung un-

abhängig von mitgebrachten Fähigkeiten, Alter oder Fitness. Gemein ist allen diesen Gruppen, dass sie weder kommerziellen Interessen folgen, Zugänglichkeit daher unabhängig vom Geldbeutel besteht, sondern, dass sie auch den nur allzuoft vernommenen Leitsatz „Sport ist Sport, da hat Politik nichts zu suchen“ ablehnen. Explizit geht es darum, diskriminierungsarme Räume zu schaffen, Betroffenen Raum zu geben, der andernorts nicht vorhanden ist, und sich aktiv gegen Menschenfeindlichkeit zu positionieren.

Auch vorher gab und gibt es ein breites Angebot an niederschwellig zu besuchendem Vereinssport. Nicht zuletzt die oft männlich dominierten und verkrusteten Vereinsstrukturen schaffen aber häufig kein Klima, in dem progressive gesellschaftliche Ideen gedeihen wollten. Umso mehr freuen wir uns, dass Sport als gemeinsame Freizeitgestaltung und manchmal auch Vorbereitung für politisches Engagement vermehrt praktiziert wird. Dies geschieht trotz gesellschaftlicher Entwicklung nach rechts und während eines gesamt-gesellschaftlichen, in seinen Ausprägungen neoliberalen, Vereinzelung, Konkurrenzkampf sowie normierende Körperbilder zementierenden Fitness- und Gesundheitstrend, gegen den sich abzugrenzen nicht immer leicht ist und

auch nicht immer gelingt.

Wir haben jedoch die Erfahrung gemacht, dass gemeinsamer Sport nicht nur ein gern genutzter und von Teilnehmenden deutlich niederschwelliger wahrgenommener Anlass ist, Szeneorte aufzusuchen und dadurch mit bestimmten politischen Ideen und Positionen immer wieder in Kontakt zu kommen, Leute kennenzulernen, sich mit den Orten zu identifizieren und nicht zuletzt Vertrauen zu entwickeln. Diese Angebote stellen für viele auch erste Schritte in politischer Szene dar, Bekanntschaften entstehen meistens viel schneller und ungezwungener als es in Versammlungen, Demonstrationen oder auch bei Kulturveranstaltungen der Fall ist.

Zudem legen links-politisch geprägte Sportvereine, Kurse und informelle Angebote in aller Regel viel Wert darauf, allen Interessierten den Zugang unabhängig von finanziellen Möglichkeiten, mitgebrachten Erfahrungen und Fähigkeiten, und natürlich auch von körperlicher Konstitution, Muttersprache, Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung zu ermöglichen, sodass hier eine ganz andere Atmosphäre herrscht als in vielen „gewöhnlichen“ Vereinen oder gar kommerziellen Sportstudios. Natürlich kommen diese Ansprüche in der Realität regelmäßig an ihre Grenzen, und die Idee von voll-

ständig diskriminierungsfreien Räumen bleibt wohl eine Wunschvorstellung. Trotzdem freuen wir uns über diese Entwicklung und glauben, dass Orte, an denen Toleranz, Akzeptanz, ein gewaltfreier und respektvoller Umgang allen gegenüber herrschen, keinesfalls ein Heilmittel, wohl aber eine Auszeit von verrohten Diskursen und reaktionären Gesellschaftsbildern sein können.

Während sich jenseits von „reiner Politik“ linke Kultur und Gegenkultur oft in Wochenendsettings, Kneipen, Cafés, Konzerten oder anderen Bühnenveranstaltungen abspielt, sind gemeinsame Sportangebote deutlich kommunikativer, integrierender und oft niederschwelliger zu besuchen.

Eine weitere positive Entwicklung ist es, dass z.B. im Zuge des Kampfsport-Hypes der letzten 10 – bis 15 Jahre zunehmend hegemoniale Männlichkeitsbilder diskutiert, mancherorts gar in Frage gestellt werden, dass sich die zuerst in emanzipatorischen Kontexten entstandene Praxis von Kursen und Gruppenangeboten explizit für Frauen und später FLINTA*-Personen mittlerweile auch in Kontexten verbreitet, die links-sozialistischen Programmen eher unverdächtig sind oder Yoga-Angebote ohne esoterische Schwurbelei auskommen.

Natürlich wird das allein den gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck nicht

aufhalten und bietet sogar das Gefahrenpotential, sich in einem weiteren gesellschaftlichen Bereich in seine eigene, häufig komfortablere Nische zurückzuziehen. Doch eine Diversifizierung des Angebots in Räumen mit emanzipatorischem Grundkonsens vergrößert auch die Zielgruppe(n), sodass emanzipatorische, progressive, antifaschistische und Ideen von Selbstorganisation von unten eine breitere Rezeption erfahren.

Um sich mit den eigenen Ideen auch weiterhin nicht zurückzuhalten und ein noch breiteres Sportangebot, z.B. auch mit Teams, die im Breitensport antreten und mit explizit transformatorischem Anspruch verwirklichen zu können, wäre die Gründung eines Sportbundes oder auch eines Sportvereins vorstellbar – Roter Stern Dortmund.

OLÉ OLÉ



Bundesweite Demonstration: #justice4mouhamed am 19. November 2022 ©Achilles

GERECHTIGKEIT FÜR

MOUHAMED DRAMÉ!

SOLIDARITÄTSKREIS JUSTICE FOR MOUHAMED

Der junge Geflüchtete Mouhamed Lamine Dramé wurde am 8. August 2022 von der Dortmunder Polizei erschossen. Nach dem tödlichen Einsatz organisierte sich Protest, der bis heute anhält – und neben Aufklärung und Gerechtigkeit auch Perspektiven für eine Welt ohne Polizeigewalt entwickelt.

DIE FLUCHT ÜBERLEBT, VON DER DEUTSCHEN POLIZEI GETÖTET

Mouhameds Familie beschreibt ihn als hilfsbereiten, freundlichen, fußballbegeisterten jungen Menschen, Freund, Sohn, Bruder und BVB-Fan. Als Teil einer großen Familie im senegalesischen Dorf Ndiafatte trat er 2019 die Reise nach Europa an, erst über Land bis nach Marokko, dann im Boot übers Mittelmeer. Mehrere Schicksalsschläge auf der gefährlichen Flucht traumatisierten ihn schwer. Nach Jahren schaffte er es im August 2022 nach Dortmund, Heimat seines geliebten BVB. Hier brachte er aber nur wenige Tage.

Am 8. August findet ein Mitarbeiter der Jugendhilfeeinrichtung St. Elisabeth in der Nordstadt, in der Mouhamed untergebracht ist, ihn in einer Nische im Hinterhof sitzend und sich ein Messer gegen den Bauch haltend. Als er nicht auf Ansprache reagiert, ruft die Einrichtung die Polizei. 12 Beamt*innen der Wache Nord¹ kommen. Sie versuchen nur kurz, ihn anzusprechen, und als Mouhamed nicht reagiert, lässt Einsatzleiter Thorsten H. ihn in der Nische, die nur einen Ausweg hat, von

mehreren Beamt*innen umstellen. Er befiehlt, eine ganze Kartusche Reizgas auf den ruhig sitzenden Mouhamed zu entleeren. So wird die zuvor über 30 Minuten statische Situation eskaliert. Mouhamed, leicht getroffen, erhebt sich in die einzige Richtung, die nicht verschlossen ist, und wird von zwei dort postierten Beamt*innen mit Tasern beschossen. Nur 0,7 Sekunden später wird er von fünf Schüssen aus der Maschinenpistole des „Sicherungsschützen“ Fabian S. getroffen. Bevor Rettungskräfte hinzugerufen werden, legen die Beamt*innen Mouhamed noch Handschellen an. Kurze Zeit später ist er tot.

Der Schmerz der Familie Dramé ist unermesslich. Mouhamed war ein besonderer junger Mensch. Viele trauern gemeinsam mit ihr um ihn. Auch viele Menschen im Stadtteil sind schwer betroffen von der Gewalt gegen diesen Menschen, der ein Leben in Dortmund hätte beginnen können, vielleicht seinen Traum erfüllt hätte, Fußballer zu werden, und noch oft seinen geliebten BVB spielen zu sehen.

Unmittelbar nach dem Einsatz finden eine Demo vor der Wache Nord und eine Mahnwache statt, die seitdem jeden Monat wiederholt wird. Bald entsteht der „Solidaritätskreis für Mouhamed“, bestehend aus vielen Menschen, die von Mouhameds Geschichte bewegt sind und aktiv werden wollen. Gemeinsam wurden inzwischen drei Großdemonstrationen mit bundesweiter Unterstützung in Dortmund organisiert. Vor allem entstand Kontakt zu Mouhameds Familie in Senegal. 2024 konnten Mouhameds Brüder Sidy und

Lassana nach Deutschland reisen und als Nebenkläger am Prozess gegen fünf der zwölf am Einsatz beteiligten Beamt*innen vom Dortmunder Landgericht teilnehmen. Sie erhofften sich von der deutschen Justiz Gehör und Anerkennung.

KONSEQUENZLOSIGKEIT FÜR TÖDLICHE POLIZEIGEWALT

Statt Gerechtigkeit durften sie jedoch den 31 Prozesstagen nur schweigend beiwohnen, während polizeilichen Darstellungen die Bühne geboten wurde. Das Verfahren zeichnete sich durch entpersonalisiertes und entwürdigendes Sprechen über Mouhamed sowie Reproduktionen von Rassismus und Opferfeindlichkeit aus. Am Ende standen Freisprüche für alle fünf Beamt*innen: Obwohl das Gericht anerkennt, dass Mouhamed zu keinem Zeitpunkt andere angegriffen oder gefährdet hat, wird den drei Schütz*innen zugestanden, fälschlich von einer solchen Notwehrlage ausgegangen zu sein.² Die Familie Dramé erwartet nun die Revision gegen das Urteil.

Von einer Veränderung bei der Dortmunder Polizei seit dem tödlichen Einsatz gegen Mouhamed kann keine Rede sein. – Nur drei Monate danach töteten Polizist*innen in Dorstfeld einen Menschen durch einen Tasereinsatz, im April 2024 den wohnungslosen Andrzej an der Reinoldikirche und im März 2025 den Scharnhorster Nejib Boubaker durch Schüsse. Unser Beileid und unsere Solidarität gelten allen Getöteten, ihren Familien und Freund*innen.

DER ZIVIL- GESELLSCHAFTLICHE KAMPF UM GERECHTIGKEIT

Mouhameds Familie erhofft sich weiterhin Gerechtigkeit für ihren Sohn und Bruder. Sie hatte nicht etwa hohe Einzelstrafen für die Polizist*innen gefordert, sondern eine ehrliche Entschuldigung, eine Korrektur des falschen Bildes von Mouhamed als aggressivem Täter und strukturelle Veränderungen, die dafür sorgen, dass kein anderer Mensch Mouhameds Schicksal erleiden wird. Wie können wir diese Forderungen umsetzen?

Mit der monatlichen Mahnwache nah des Tatorts sowie jedes Jahr am 8. August bietet der Solidaritätskreis einen Rahmen für ein kontinuierliches, selbstbestimmtes Gedenken entlang der Wünsche der Familie Dramé. Wir nennen Mouhameds Namen und erzählen seine Geschichte gegen das Vergessen, in dieser Stadt und verteidigen sein Andenken gegen Täter-Opfer-Umkehrungen. Und setzen uns, gemeinsam mit vielen anderen weltweit, für ein Umdenken über die Rolle der Polizei ein, gegen ihre konsequenzlose Gewalt insbesondere gegenüber von Rassismus, Wohnungslosigkeit und Armut Betroffenen, und für alternative Interventionsmöglichkeiten auch in psychischen Ausnahmesituationen, in denen Menschen Hilfe und Zuspruch benötigen statt Zwangsmittel und Gewalt.

Wir kämpfen auch gegen die Kriminalisierung der Nordstadt, die als „Problemviertel“ markiert und stark poliziert wird. In einem anderen Viertel

und ohne den strukturellen Rassismus innerhalb der Polizei, der den Blick auf diesen Stadtteil prägt, wäre dieser Einsatz so nicht zu denken.

Um Einsätze wie den gegen Mouhamed in Zukunft zu verhindern, müssen wir als Zivilgesellschaft mehr Verantwortung füreinander übernehmen, uns im öffentlichen Raum aufmerksam und solidarisch begegnen, gegenseitige Hilfe organisieren, Nachbar*innenschaften stärken, niedrigschwellige Angebote aufbauen. Der Solidaritätskreis freut sich über Euer Kommen zu Gedenkveranstaltungen und Unterstützung in verschiedenen Formen. Lasst uns Mouhameds Andenken hochhalten und dafür kämpfen, dass seine Geschichte Teil einer Veränderung zu einer gerechteren Welt für uns alle wird.

REST IN POWER, MOUHAMED!

Für die Unterstützung der Familie Dramé und die kommende Revision freuen wir uns außerdem über Spenden an:

Lückenlos e.V.
IBAN: DE19430609674108589900
GLS Bank Bochum
Verwendungszweck: „Solikreis Mouhamed“

Info  justice4mouhamed.org

¹ In der für Rassismus und Gewaltexzesse berüchtigten Dortmunder Polizeiwache Nord arbeiten etwa der sexistische Gewalttäter Malte F. sowie andere Einzelpersonen und Cliquen mit menschenfeindlichen Einstellungen und Praxen, wie z.B. der medial bekannt gewordene „Libanesenjäger“. In Folge 6 des WDR-Podcasts „Mouhamed Dramé – Wenn die Polizei tötet“ werden die alltäglichen Praxen der Polizei in der Dortmunder Nordstadt näher beleuchtet (<https://www.ardaudiothek.de/episode/mouhamed-dram-wenn-die-polizei-toe-tet-wdr-lokalzeit/folge-6-die-polizei/wdr/13530805/>). Die Polizeiwache soll 2026 in einen größeren Neubau umsiedeln.

² Der gesamte Prozessverlauf wurde vom Dortmunder Radio Nordpol im Rahmen eines Podcasts dokumentiert: https://radio.nrdpl.org/ml_d_prozess/. Schriftliche Berichte zu allen Prozesstagen finden sich unter <https://justice4mouhamed.org/prozessbegleitung/>.

WARUM ICH

NICHT WÄHLEN GEHE

Ein sommerlicher Tag im Juli geht zu Ende. Ich sitze abends in meinem WG-Zimmer im Dortmunder Norden, als ich diese Zeilen schreibe. Die anderen sitzen noch diskutierend in der Küche, ich versuche die Diskussion festzuhalten: Wie sollen wir als Anarchist*innen mit den kommenden Wahlen umgehen?

Ein geschätzter Kollege meinte noch: „Wir müssen auf jeden Fall alle Die Linke wählen.“ - „Wieso?“ - „Na, weil sonst die Stimmen an die Rechten gehen! Und weil es doch gerade JETZT wichtig ist, Linke zu unterstützen. Wir brauchen jetzt Linke im Parlament oder willst du Nazis an der Macht?“

Die Diskussion war hitzig und jetzt spüre ich auch, wie stickig es in meinem Zimmer ist. Ich fühle den Schweiß auf meiner Haut. Es war einer der heißesten Tage des Jahres. Es waren heute 36 °C - hier in den grauen Beton-schluchten sind es dann meist eher über 40 °C. Früher war es im Sommer selten so warm. Ich öffne das Fenster - ein Luftzug weht über das Papier und meine Haut.

Ich war noch nie wählen in meinem Leben. Und ehrlich gesagt fehlt es mir nicht. Es ist immer unterhaltsam, die ganze aufgeregte Wähler*innenschaft zu sehen, wenn ich das sage. All die moralischen Verurteilungen. All die Vor-

würfe, ich sei schuld am Aufstieg der AfD. Es ist eine typische Täter*in-Opfer Umkehr. Mehr als lachen kann ich darüber nicht. Auch ich kenne ja die Versuchung, das Versprechen des Staates zu glauben. So gibt uns der Staat mit Wahlen das Gefühl, dass die Lösung so nahe liege. Ich will Menschen keinen Vorwurf machen, die wählen gehen. Sie sollen und können das selbst entscheiden. Ich kann nur schildern, warum ich mich dafür nicht interessiere.

Ich gehe nicht wählen, weil ich nicht glaube, was wir uns dazu erzählen. Ich glaube nicht, dass Reformen ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine befreite Gesellschaft sind. Ich glaube nicht, dass ich den Aufstieg der Rechten zu verantworten habe. Und ich glaube nicht, dass der Staat ein legitimes und effektives Mittel ist, um grundlegende gesellschaftliche Veränderung zu erreichen.

Mir scheint es offensichtlich, dass Reformen den Staat und nicht soziale Bewegungen stärken. Reformen kommen als Zuckerli zum Einsatz, wenn das Pferd der Bevölkerung, auf dem der Staat reitet, sich als soziale Bewegung

aufbaut; wenn soziale Bewegungen sich nicht als Partei einhegen lassen und so Teil des etablierten Machtapparats werden, sondern weitere und grundlegendere Forderungen stellen und die Legitimität des Staates deutlich sichtbare Kratzer bekommen hat. Fridays for Future und die Letzte Generation haben mir als aktuellstes Beispiel noch mal sehr deutlich gezeigt, dass die dominanten Strukturen mit Repression und Reformen reagieren, wenn sie sich bedroht fühlen.

Uns als queeren organisierten Anarchist*innen vorzuwerfen, dass wir für den Aufstieg der AfD und den Rechtsruck der Gesellschaft verantwortlich seien, ist eine Täter*in-Opfer-Umkehr. Nicht wir, sondern die Leute in der AfD, organisierte Rechte und ihre Unterstützer*innen sind dafür verantwortlich. Meist soll dieses Argument Schuldgefühle hervorrufen und mich dazu bringen, die Wahl der einen oder anderen Partei als unausweichlich zu sehen. Unser Antifaschismus ist anarchistisch und lehnt deshalb den Staat als antifaschistischen Bezugspunkt ab. Lasst uns gerne weitere Strategien diskutieren, einige Vorschläge dazu mache ich noch.

Genauso will ich als Anarchist*in nicht die Machtstrukturen im Staat übernehmen oder nutzen, denn das lehne ich ganz grundsätzlich ab. Wir denken, dass es nicht eine andere Aus-

übung der Macht braucht, sondern eine grundlegend andere Organisation der Gesellschaft und der damit einhergehenden Macht. Wir lehnen die Zwangsinstitutionen wie Justiz, Polizei, Geheimdienste, Militär und andere Ordnungsbehörden ab. Genauso lehnen wir Parteien ab, die sich diese Institutionen zunutze machen wollen. Und wir wissen auch, dass staatliche Linke anstreben, diese Institutionen für ihre Zwecke zu nutzen. Wir wollen kollektive Selbstbestimmung statt organisierten Zwang.

Mittlerweile ist die Sonne untergegangen, ich schalte das Licht auf meinem Schreibtisch an. Die trockenen Äste des verdorrten Baums vor meinem Fenster ragen wie das Skelett einer absterbenden Gesellschaftsordnung in den Himmel.

Was ist es für eine sogenannte Demokratie, die da verteidigt wird? Es ist die Demokratie der wenigen, der reichen weißen cis hetero endo gebildeten Männer. Für eine Demokratie, in der Mitbestimmung für die allermeisten Menschen die Möglichkeit bedeutet, alle paar Jahre ein Kreuz zu machen, während im Alltag das Diktat der Befehlskette im Betrieb eingehalten werden muss. Für das Wählen zu argumentieren, hält nur die staatliche Erzählung von der universellen gerechten Demokratie aufrecht.

Also was statt wählen? Wir, hier bei uns, wollen eine freie und solidarische Gesellschaft, dafür brauchen wir an-

dere Bezugspunkte. Für uns bedeutet das, autonom zu werden. Das Alte wird zunehmend an Bedeutung verlieren. Also schlagen wir vor, wie wir es immer schon gemacht haben: zu enteignen, zu kollektivieren, zu bekämpfen, zu organisieren und verdammt nochmal endlich das Leid und die Zerstörung zu beenden.

Es gibt so unglaublich viel zu tun. Wählen gehen scheint mir dabei wirklich vernachlässigbar.

Jetzt werden Menschen sagen: Aber das lässt sich ja gar nicht vergleichen, einmal alle 4 Jahre wählen zu gehen oder sich auf eine gesellschaftliche Neuorganisation auszurichten. Das stimmt. Aber dann hört bitte auf von einer befreiten Gesellschaft zu reden. Die wird sich nicht herbeiwählen lassen, sondern erkämpft und in Verbindung mit deinem konkreten Alltag und den konkreten Menschen, die du kennst, etabliert. Das lässt sich nicht delegieren. Deine Befreiung wirst du nur selbst zu verantworten haben, das nicht alleine, aber du wirst deine Hauptrolle darin spielen. Also schließe ich mein Notizbuch, in das ich diesen Text geschrieben habe mit der persönlichen Empfehlung, sich das eigene Leben zurückzuholen, statt einfach wählen zu gehen und stelle folgende Frage:

Wer kann es sich noch leisten, auf den Staat zu hoffen und wer spürt bereits, dass der Staat unser Feind ist und beginnt sich konkret, kollektiv und autonom dagegen zu organisieren?

GEHT WÄHLEN?!

Über den Status Quo, die Revolution und das „Dazwischen“ - Einige Gedanken zu einem nüchternen Verhältnis zum Wählen.

Werden wir die systemischen Ungerechtigkeiten, in denen wir leben müssen, abschaffen, indem wir das „richtige“ Kreuzchen auf dem Wahlzettel machen? Vermutlich nicht. Lösen wir von heute auf morgen Welthunger, Klimakrise und Kriege, indem wir unsere Stimmen abgeben? Auch das scheint ziemlich unwahrscheinlich. Aber es gibt da noch etwas zwischen dem Status Quo, der nicht nur Migrant*innen, arme Menschen, Frauen und Queers in einen ewigen Existenzkampf zwingt, und der ganz großen Revolution, nach der das schöne Leben für alle in greifbarer Nähe ist.

Zur Wahrheit dieses Status Quo gehört, dass wir überall mit einem Erstarren rechter Politiken konfrontiert sind. Seien es Nazi-Banden, rechtsextreme Parteien wie die AfD oder ein Bundeskanzler, der ganz ungeniert gegen Migrant*innen, Queers und Arme hetzt - sie alle arbeiten daran, die Grenzen des Sag- und Machbaren zu verschieben und planen schon die nächsten Schweinereien. Dem müssen wir als Gesellschaft etwas entgegensetzen. In erster Linie heißt das, sich zusammenzutun, den Widerspruch sichtbar zu machen und auf die Straße zu gehen: für eine andere Welt, für ein solidarisches Miteinander und dafür, die Verhältnisse umzukrempeln.

EIN PLÄDOYER FÜR DAS »DAZWISCHEN«

ÜBER DAS „DAZWISCHEN“

Doch dieses „Dazwischen“, zwischen Status Quo und dem guten Leben für alle, ist das eigentlich Spannende: Denn das bedeutet die spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen eines vieler Menschen. Wenn wir Wohnungskonzerne entmachten, damit Menschen sich die Mieten wieder leisten können, oder für die rechtliche Anerkennung und Unterstützung von trans Menschen kämpfen, dann hilft das ganz konkreten Menschen. Wenn wir uns für die Öffnung der Grenzen, für Seenotrettung und Bleibeperspektiven für Migrant*innen einsetzen, dann rettet dieses Engagement Leben. Den Klimaschutz in allen gesellschaftlichen Bereichen voranzutreiben heißt, eine Chance auf eine lebenswerte Existenz auf diesem Planeten zu erhalten. All diese Themen sind Themen der sozialen Bewegungen - ganz egal, ob es darum geht, konkrete Verbesserungen zu erkämpfen oder sich gegen Schweinereien zur Wehr zu setzen. Doch genau dort, wo Bewegungen wirksam werden, geraten sie oft in ein Spannungsverhältnis: Einerseits braucht es Einfluss auf staatliche Entscheidungen, um reale Veränderungen durchzusetzen. Andererseits wissen viele Aktivist*innen nur zu gut, dass der bürgerliche Staat Ausdruck jener Ordnung ist, die sie kritisieren. Diese Ambivalenz nicht aus den Augen zu verlieren, ist der entscheidende Moment.

Die traurige Wahrheit ist wohl auch, dass soziale Bewegungen ohne konkrete Ziele - und ohne zumindest punktu-elle Einflussnahme auf staatliches Han-

deln - oft in sich zusammenfallen oder gar nicht erst an Fahrt gewinnen. Hier schließt sich der Kreis zur Eingangsfrage: Was lässt sich mit einem Kreuz verändern? Können progressive Kräfte in den Parlamenten soziale Bewegungen dabei unterstützen, ihre Ziele zu erreichen und materielle Verbesserungen zu erkämpfen? Vermutlich schon. An diesem Punkt öffnet sich ein Raum für strategisches Handeln: Protest auf der Straße und Einflussnahme im Parlament schließen sich nicht aus - im Gegenteil. Wenn es gelingt, beide Ebenen miteinander zu verbinden, unter Anerkennung aller Ambivalenzen, kann daraus eine kraftvolle Verbindung entstehen: Bewegungen, die Druck von unten erzeugen - und parlamentarische Kräfte, die diesen Druck aufnehmen, übersetzen und Räume für Veränderung öffnen. Beide Sphären folgen unterschiedlichen Logiken, aber sie müssen sich nicht ausschließen. Im besten Fall verstärken sie sich gegenseitig.

GEGENMACHT ORGANISIEREN

Gegenmacht organisieren heißt, nicht darauf zu vertrauen, dass Parlamente unsere Probleme lösen - aber auch nicht, hier den Menschenfeinden und Demagogen kampfflos das Feld zu überlassen. Es bedeutet, Mehrheiten in der Gesellschaft zu verschieben, radikale Forderungen anschlussfähig zu machen - und sie dort zu platzieren, wo sie Machtverhältnisse herausfordern: im Alltag, auf der Straße, aber eben auch in den Parlamenten.

Werden wir stärker, wenn progres-

sive Parteien an der Wahlurne scheitern? Sicher nicht. Tatsächlich schränkt es die Handlungsfähigkeit von Bewegungen ein. Der Preis für dieses Scheitern ist nicht nur symbolisch - er ist ganz konkret: für Mieter*innen, Geflüchtete, Queers, Klimaaktivist*innen und alle, die auf soziale Kämpfe angewiesen sind. Dementsprechend ist ein Plädoyer für das „Dazwischen“ auch ein Plädoyer für ein nüchternes, ein abgeklärtes Verhältnis zum Wählen.

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN?

Die Vorstellung, dass Wählen und soziale Bewegung ein Entweder-Oder bilden, ist so naiv wie kurzichtig. Ein taktisches Verhältnis zur Wahl erkennt die unterschiedlichen Logiken beider Sphären an - ebenso wie ihre Ambivalenzen und Widersprüche. Es heißt: Räume zu nutzen, ohne sich ihnen zu unterwerfen. Kämpfe im Parlament zu führen, ohne die Straße aufzugeben. Und die Hoffnung auf Veränderung dort zu nähren, wo sie real werden kann - im „Dazwischen“.

In den Kämpfen um die materielle Verbesserung der Lebensbedingungen kann auch die Hoffnung keimen, die Verhältnisse umzukrempeln. Dieses „Dazwischen“ verteidigt nicht die Demokratie der „reichen, weißen, cis, hetero, endo, gebildeten Männer“ - sondern sucht nach anderen Formen des Zusammenlebens. Es schafft Raum für Ambivalenz, für Widerstand, für das, was noch nicht ist - aber sein könnte.

EINIGE GEDANKEN ÜBER DIE BEHINDERTEN-SELBSTHILFE IN ZEITEN DES RECHTSRUCKS

VON EINIGEN MENSCHEN MIT MITGLIEDSCHAFT IM DVBS (DEUTSCHER VEREIN DER BLINDEN UND SEHBEHINDERTEN IN STUDIUM UND BERUF E. V.) UND/ODER DBSV (DEUTSCHER BLINDEN- UND SEHBEHINDERTENVERBAND E.V.)

In Zeiten, in denen gewählte Politiker*innen Inklusion als Ideologieprojekt diffamieren, in denen der Wert von Menschen immer häufiger nach ihrer vermeintlichen Leistungsfähigkeit oder ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer Gruppe beurteilt wird, in denen Teilhabe vor dem Hintergrund ihres Kosten-Nutzen-Verhältnisses auf den Prüfstand gestellt wird und die öffentliche Belustigung über Menschen mit Behinderung oder der Traum von einer „gesunden Gesellschaft“ längst kein Tabu-Bruch mehr sind: In solchen Zeiten sollte es eigentlich auf der Hand liegen, dass der gesellschaftliche Rechtsruck eine existenzielle Gefahr (nicht zuletzt) für Menschen mit Behinderung und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben darstellt. Nun, unserer Erfahrung nach ist das Bewusstsein, selbst Zielscheibe des Rechtsextremismus zu sein, unter Menschen mit Behinderung keineswegs weit verbreitet, und die Aufarbeitung dieses Themas im Rahmen der Behinderten-Selbsthilfe steckt gerade noch in den Anfängen.

Stattdessen gibt es auch in unseren

Communities Applaus für migrationskritische Politik und – als Ergebnis der gesellschaftlichen Spaltung – erscheint für einige Menschen Teilhabe nur dort wichtig, wo sie „einen selbst“ betrifft. Menschen mit „körperlichen“ Behinderungen feiern die eigene Inklusion,

INKLUSION UND TEILHABE SIND KEIN »WOKES IDEOLOGIEPROJEKT« SONDERN MENSCHENRECHT!

während sie diejenige von Menschen mit „kognitiven“ Behinderungen ablehnen.

Vor diesem Hintergrund ist es unser Wunsch, Euch vorzustellen, wie es möglich sein kann, das Thema Rechtsruck konstruktiv in die Selbsthilfe-Institutionen der Menschen mit Behinderung zu tragen, und dabei das Wissen, die Selbstwirksamkeit und das Sicherheitsempfinden der Menschen in unse-

ren Communities zu stärken. Ein erster Schritt hierzu ist Aufklärung: So hat etwa der Deutsche Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. (DVBS), dem wir als Mitglieder angehören, bereits mehrere Online-Veranstaltungen durchgeführt, in denen Menschen, die den Rechtsextremismus gegen Menschen mit Behinderung erforschen, ihre Forschungsergebnisse vorgestellt haben. Dabei haben wir gelernt, wie viele rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten es jetzt schon gegen Menschen mit Behinderung gibt, welchen Stellenwert das Thema Behinderung in der Ideologie und den Parteiprogrammen erfolgreicher rechter Parteien wie der AfD in Deutschland und der Republikanischen Partei in den USA hat, wie diese Parteien das öffentliche Denken und Reden über Behinderung prägen sowie letztendlich sogar unter Menschen mit Behinderung durch geschicktes

Emotionalisieren und Verbreiten spaltender Narrative, ihre Anhänger suchen und finden.

Dieses Wissen kann desillusionieren und Angst machen, es ist aber notwendig, sich damit zu befassen, um gemeinsam Strategien zu entwickeln und um – auch in diesen Zeiten – mit dem Leben mit einer Behinderung zurechtzukommen. Das gelingt oftmals schon im Kleinen: Einigen von uns haben zum Beispiel Selbstverteidigungskurse für Menschen mit Sehbehinderung Mut und Selbstvertrauen geschenkt, uns in einer – uns nicht immer freundlichen – Welt zu stellen und unseren Platz darin zu behaupten. Uns hilft aber auch das warme Gefühl der Solidarität und des Respektes, das wir vor allem auch dort gefunden haben, wo Menschen mit ähnlichen Lebensumständen und ähnlichen Sorgen zusammenkommen und sich gegenseitig austauschen können.

Inklusion und Teilhabe sind kein „wokes Ideologieprojekt“: Sie sind Menschenrechte, die alle Menschen betreffen. Sie lassen uns in der Schule

Respekt und Rücksichtnahme erlernen, ermöglichen es uns nach schwerer Krankheit wieder ins Berufsleben zurückzukehren, vereinfachen uns im Alter die Bahnfahrt, den Kinobesuch, den Gang zum Supermarkt oder die Hilfe in der Not.

Wir wünschen uns Solidarität mit den Menschen, die auf diese Möglichkeiten angewiesen sind oder für sie kämpfen. Wir wünschen uns aber auch Solidarität zwischen diesen Akteur*innen. Deshalb möchten wir Euch ermutigen: Wendet Euch an Eure Institution der Selbsthilfe, fragt nach Bildungsangeboten, fragt nach Möglichkeiten des Empowerments und fragt nach Vernetzung (auch über den Tellerrand der eigenen Betroffenheit hinaus). Sucht nach anderen Akteur*innen der Selbsthilfe, regt Austausch an und fördert das Zuhören und das gemeinsame, solidarische Auftreten.

SOLIDARITÄT STATT ABSCHOTTUNG

SEEBRÜCKE BOCHUM

Während sich in Deutschland und Europa ein immer deutlicherer Rechtsruck abzeichnet, sterben weiterhin täglich Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer in Sicherheit zu gelangen. Sie ertrinken – weil Europa sie ertrinken lässt. An den EU-Außengrenzen werden fliehende Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten, in unfairen Schnellverfahren abgefertigt oder völkerrechtswidrig zurück über Grenzen oder ins Meer gedrängt. In Deutschland wählt inzwischen jede fünfte Person eine rechtsextreme Partei – und selbst demokratische Kräfte passen sich diesem Klima an. Medien und Politik liefern sich einen Überbietungswettbewerb in Härte und Abschottung.

Die Seebücke Bochum stellt sich dieser Entwicklung entschieden entgegen. Als Teil einer bundesweiten Bewegung setzen wir uns für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Flucht- und Migrationspolitik ein.

Angesichts der globalen Ungleichheiten und der politischen Realität kämpfen wir derzeit dafür, dass niemand auf der Flucht in eine sichere Zukunft sein Leben verlieren muss. Dass Menschenrechte nicht an Grenzen enden. Und dass nicht der Geburtsort darüber entscheidet, wo ein Mensch leben darf. Asylrecht ist Menschenrecht.

UNSERE ARBEIT: LOKAL VERANKERT, INTERNATIONAL SOLIDARISCH

Die Seebücke Bochum entstand 2018, als das Seenotrettungsschiff „Lifeline“

mit über 230 Geretteten tagelang auf dem Mittelmeer blockiert wurde. Das offensichtliche Unrecht rief damals bundesweit Menschen auf die Straße. In Bochum bildete sich ein Bündnis aus über 100 Gruppen – daraus ging die Seebücke Bochum hervor.

Seitdem sind wir aktiv: Wir organisieren Mahnwachen, Demos und Kundgebungen gegen neue Asylrechtsverschärfungen. Wir klären bei Infoständen über die Lage an den Außengrenzen auf, veranstalten Ausstellungen, Filmabende, Diskussionen und Workshops. Wir protestieren gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung. Und wir arbeiten daran, gesellschaftliche Mehrheiten für globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle zu gewinnen – auch wenn ein offenes Europa der Solidarität nicht morgen Realität wird.

WARUM UNSER -- ENGAGEMENT JETZT BESONDERS WICHTIG IST --

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) bedeutet nichts anderes als die faktische Abschaffung des individuellen Asylrechts in Europa. Die geplante Inhaftierung Schutzsuchender an den Außengrenzen, die Einschränkungen beim Familiennachzug und die geplanten Pushbacks an der deutschen Grenze verstoßen gegen Menschenrechte und geltendes Recht. Auch das sogenannte „Sicherheitspaket“ bringt keine Sicherheit, sondern Entrechtung und Gewalt. Gleichzeitig bleiben zentrale soziale Fragen – wie Wohnungsknappheit oder soziale Spaltung – ungelöst. Die Ab-

schottungspolitik dient als Ablenkung, nicht als Lösung.

Dagegen braucht es eine laute und organisierte Zivilgesellschaft. Es braucht Menschen, die gemeinsam handeln, sich gegenseitig stärken und konkrete Utopien verteidigen – gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck und gegen die Normalisierung der Menschenfeindlichkeit. Die Seebücke ist ein Teil dieser Bewegung – in Bochum, im Ruhrgebiet und darüber hinaus.

MACH MIT!

Wer sich gegen den Rechtsruck und für eine solidarische Gesellschaft engagieren will, ist bei uns willkommen. Wir treffen uns jeden zweiten Donnerstag im Monat im Botopia (Griesenbruchstraße 9, Bochum). Ob Mahnwachen, politische Arbeit, kreative Aktionen oder Öffentlichkeitsarbeit – wir freuen uns über neue Gesichter und Ideen.

Kontakt & Info ~~~
seebruecke-bochum.de
Facebook & Instagram ~~~
@seebrueckebochum
Mastodon ~~~
ruhr.social/@seebrueckebochum
Bluesky ~~~
seebruecke-bochum.bsky.social

DER KAMPF FÜR EINE

MENSCHENRECHTSBASIERTE

MIGRATIONSPOLITIK

WARUM DER AKTUELLE RECHTSRUCK BESONDERS GEFÄHRLICH FÜR MÜTTER IST

FEMINISTISCHES MÜTTERKOLLEKTIV

In Zeiten von globalen Krisen scheint es für viele Frauen attraktiv zu sein, sich ins Häusliche zurückzuziehen. Traditionelle, konservative Familienmodelle sind auf dem Vormarsch. Auf Social Media präsentieren Sauerteigbrot-backende Tradwives ihr glanzvolles und erfülltes Leben als Mutter und Ehefrau.

Doch dieses rechte Narrativ birgt große Gefahren für die körperliche Selbstbestimmung von Frauen, denn alle drei Minuten erlebt eine Frau oder ein Mädchen in Deutschland patriarchale Gewalt. Die finanzielle Abhängigkeit vom Ehemann oder Vater ist dabei elementar. „68,6 Prozent der Tötungsdelikte werden dem Bereich der Häuslichen Gewalt zugeordnet. Das bedeutet, dass die meisten Mädchen und Frauen durch innerfamiliäre Gewalt oder

Partnerschaftsgewalt getötet werden. Von Häuslicher Gewalt waren im Berichtszeitraum 2023 180.715 weibliche Opfer betroffen. Das ist eine Zunahme von 5,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr“, liest sich im Lagebericht Gewalt gegen Frauen (Bundesministerium des Innern 2024). Die Dunkelziffer ist deutlich höher, da viele Fälle nicht zur Anzeige gebracht werden. Insbesondere die Lebenslage von rassifizierten Frauen, trans Personen und Sexarbeiter*innen finden oftmals keinen Platz in der Statistik.

WIE ALLES ANFING

Schwanger und voller Tatendrang haben wir Ende 2023 das Feministische Mütterkollektiv gegründet und sind immer noch im Aufbau. Das erste Treffen im Nordpol war überwältigend, da wir

nicht mit derartiger Resonanz gerechnet haben. Fast 30 (auch werdende) Mütter haben sich dort getroffen, Themen, die sie beschäftigen, gesammelt und damit den Grundstein für das Kollektiv gelegt. Ziel sollte es sein, einen feministischen Raum für Mütter zu schaffen und das Thema Care-Arbeit und Elternschaft mehr auf die linke Agenda zu bringen.

Denn leider sind auch viele linke Räume nicht gerade familienfreundlich. Dies wollten wir ändern und mehr Sichtbarkeit und Angebote für Familien schaffen und für kindgerechte Ausstattung sorgen. So nutzen wir aktuell die Räume des Sozial-Ökologischen Zentrums (SÖZ) für monatliche Treffen mit und ohne Kinder, planen dort Aktionen und Veranstaltungen, geben uns vorbereitete Inputs zu Themen wie Elterngeld, feministische Elternschaft, Moral Load usw. und haben einen Spielsachenfundus und Spielelemente im Garten aufgebaut.

WAS ES BEDEUTET

In einer Gesellschaft, in der es Frauen und besonders Mütter nie richtig machen können (Rabenmütter vs. Helikopter oder auch Heilige vs. Hure), ist es schwer, sich allein durch den Alltag zu manövrieren und dabei die eigene Überzeugung nicht zu verlieren. Unser Netzwerk stärkt uns und unsere Kinder, wir wirken der Einsamkeit und Vereinzelung entgegen und solidarisieren uns miteinander auf ganz praktische Weise, sei es bei Kaffee und Kuchen im SÖZ, bei gemeinsamen Spielplatzbesuchen, beim abendlichen Erfahrungsaustausch mit Kaltgetränk oder beim Besuch von feministischen Veranstaltungen und Demos als Gruppe mit Kindern. Viele

#TRADWIVES?

NEIN, DANKE!

von uns haben das Gefühl, nicht genug zu „schaffen“, weil wir aufgrund von Care-Arbeit eben nicht die sind, die in erster Reihe gegen die AfD protestieren können. Aber: Das Private ist und bleibt politisch und unsere Selbstkritik ist ein Zeichen von weiblicher Sozialisation im Patriarchat. Also nein: Wir haben schon ganz viel geschafft und werden noch viel mehr schaffen, wir werden nicht leise werden.

WAS WIRD

Unsere Vision ist eine solidarische, inklusive Gesellschaft. Wir stellen uns entschieden gegen die rechte Instrumentalisierung von Müttern – gegen ein Frauenbild, das Muttersein für nationalistische Zwecke missbraucht und uns auf die Rolle der selbstaufopfernden Hausfrau reduziert. Wir sagen: Sorgearbeit ist politisch! Wir fordern eine Gesellschaft, in der Care-Arbeit nicht länger privat und unsichtbar geleistet wird, sondern kollektiv organisiert und gerecht verteilt ist. Wir wollen Räume, in denen Begegnung, Unterstützung und Solidarität gelebt werden. Dafür kämpfen wir auch in Zukunft!

Eine feministische Politik muss von unten geschaffen werden. Was braucht es noch, damit Politiker*innen endlich wieder schmutzige Windeln abbekommen?

»ICH BIN UNGEDULDIGER, WÜTENDER ALS DAMALS«

FLINTA*4RAVE

Magst du dich und Flinta*4Rave vorstellen?

Flinta*4Rave ist ein Musikkollektiv von Flinta* DJs aus dem Ruhrgebiet – also ein Kollektiv für Menschen, die qua Identität im Patriarchat diskriminiert werden. Wir setzen uns für größere Sichtbarkeit von Flinta* hinter den Decks sowie in der Musikbranche und Clubkultur ein und für sicherere Räume in diesen Kontexten. Ich bin Hannah aka rabbit's revenge und seit etwa ein- einhalb Jahren Teil des Kollektivs.

Wie bist du zu Flinta*4Rave gestoßen?

Ich bin über eine Freundin dazu gekommen, die schon Teil des Kollektivs war und mich quasi „angeworben“ hat. Im November 2023 bin ich das erste Mal zum Plenum gegangen und hab mich direkt super wohl gefühlt.

War diese Erfahrung auf dem Plenum vergleichbar mit anderen Erfahrungen in der Clubkultur?

Ich bin keine große Clubgängerin, sondern gehe eigentlich nur, wenn interessante DJs oder Freund*innen von mir aufliegen oder involviert sind – also, to be honest, sehr bewusst gewählte Veranstaltungen. Das kommt vor allem daher, dass ich mich früher oft extrem unwohl gefühlt habe auf Tanzflächen. Das waren keine sicheren Orte. Und für die wenigen Flinta*-Personen, die in diesen Kontexten damals gespielt haben, war es das häufig auch nicht. Das spürt man irgendwie. Und jetzt, mit Anfang/Mitte 30, habe ich darauf keinen Bock mehr. Ich bin ungeduldiger, wütender als damals. Das verbindet auch viele im Kollektiv.

Was braucht es für eine Veranstaltung, dass du sagen würdest: „Da gehe ich hin“?

Das hängt schon bei der Ansprache

und dem Booking an. Wenn ich lese, dass es ein Awareness-Konzept gibt, ist das ein gutes Zeichen. Wenn in der Werbung auf diskriminierungsfreie Sprache und Darstellungen geachtet wird, auch. Die Veranstalter*innen sollten sich schon länger und überzeugend positioniert und diese Positionierung auch umgesetzt haben. Und wenn dann das Line-Up cool und divers ist und nicht nur Cis-Dudes spielen, spricht schon im Vorhinein vieles dafür.

Vor Ort sollte klar sein, dass es gute Security gibt und ein Awareness-Konzept – im besten Fall mit separaten Räumen, in die man sich im Falle eines Vorfalls auch mit geschulten Menschen zurückziehen kann. Täter sollten sofort gehen müssen. Bei einem Übergriff kann auch die Musik gestoppt werden, das finde ich völlig fine. Ganz viel macht auch das Publikum aus, und darauf haben Veranstalter*innen ja nur bedingt Einfluss – die Ansprache in der Werbung kann aber schon viel beitragen. Wenn sich komische Vibes auf der Tanzfläche entwickeln und unangenehme Männer superviel Raum einnehmen, dann bin ich sofort weg.

Wie offen sind Clubs für Awareness- oder Safer-Space-Konzepte?

Viele Clubs haben durchaus ein Interesse daran, als sicher wahrgenommen zu werden. In der Realität sieht das oft anders aus. Dann sind zwar die Ansprache und der Look entsprechend, aber trotzdem werden wiederholt DJs gebucht, von denen man weiß, dass sie Täter sind, es werden keine klaren Grenzen bei Übergriffen gezogen oder hinter den Kulissen finden Mobbing und Sexismus statt. Offen sein ist das eine – da sind es glaube ich viele –, das Problem liegt bei der Umsetzung. Und da gibt es momentan nur extrem wenige Orte, auf die das wirklich zutrifft.

Hast du das Gefühl, dass es sichtbare Fortschritte gibt? Oder ist der gesellschaftliche Rechtsruck auch in der Clubkultur zu spüren?

Schwierige Frage. Ich habe das Gefühl, dass sich in den letzten Jahren was bewegt hat, ja, aber ehrlich gesagt ziemlich langsam. Und ich habe das Gefühl, dass es weitergeht, sich also der Fortschritt als Ganzes erst mal nicht aufhalten lässt. Was ich aber spüre, ist, dass von außen mehr Druck auf Veranstaltungen und Veranstalter*innen ausgeübt wird, die sich entsprechend positionieren. Da rufen dann Rechtsradikale dazu auf, mal „vorbeizuschauen“ oder so etwas. Die Drohgebärden nehmen zu.

Wie erlebst du das Verhalten anderer Akteur*innen in der Szene in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsruck?

Auf den Slogan „gegen Rechts“ können sich die allermeisten einigen. Gleichzeitig finden sich innerhalb dieses kleinsten gemeinsamen Nenners noch immer Leute und Veranstalter*innen, die sich trotzdem als „unpolitisch“ framen, weil sie vielleicht Angst haben, ein bestimmtes Publikum zu verschrecken oder was auch immer. Oder die dann doch nicht so genau drauf achten, wen sie buchen oder wie ignorant ein all-male-Lineup wirken kann. Ich bin unsicher, ob die im Zweifel, wenn's mal drauf ankommt, wirklich solidarisch sind oder eben nicht.

Es gibt aber auch Fälle von anscheinend ernst gemeinter Aufarbeitung von Clubs, die sicherer werden möchten und dann auch um Beratung oder Hilfe bitten. Ignoranz oder auch einfach man-

gelnde Bildung sehe ich eher bei spezifischen feministischen Themen und wenn es darum geht, die patriarchale Norm zu hinterfragen und zu brechen.

Was braucht es, damit Flinta* in der Clubkultur mehr Sichtbarkeit erfahren?

In erster Linie Awareness. Also ein Bewusstsein dafür, dass wir alle patriarchale Denkmuster verinnerlicht haben. Um diese verinnerlichten Strukturen zu durchbrechen, müssen wir erst mal erkennen, wann, wo und wie sie sich manifestieren. Wenn man in der Lage ist, das zu erkennen, kann man anfangen bewusst dagegen zu arbeiten. Dann das ist es am Ende: Arbeit. Ein aktives Verlernen. Wenn das nicht passiert, werden Menschen, die auf entsprechendes Verhalten hinweisen, immer als dogmatisch wahrgenommen und gesilenced werden – denn das Verständnis ist ja nicht da.

Also erst mal das, wirklich die absoluten Basics. Und dann müssen wir alle zusammen an einem Strang ziehen. An Awareness-Konzepten arbeiten. Interne Weiterbildungen. Bookings checken: Wen booke ich und warum? Wie gehen wir miteinander um? Wie reden wir über andere? Wie agieren wir in der Öffentlichkeit, wie verhalten wir uns bei Sexismus, bei diskriminierendem Verhalten?

Hast du zum Abschluss noch einen Hör- oder Veranstaltungstipp für uns?

Oha, ganz viele! Schaut einfach mal bei uns auf Instagram vorbei (@flinta4rave), da teilen wir jede Woche in den catch-us-Posts, wo ihr Kollektiv- und Netzwerk-Mitglieder an den Decks erleben könnt.

Instagram ----- @flinta4rave

FEMINISTISCH

AKTIV

IN DORTMUND

FEMINISTISCHES KOLLEKTIV DORTMUND

Solange Frauen* strukturell ausgebeutet werden und es keine Sicherheit und Sichtbarkeit für Queers gibt, setzt sich das feministische Kollektiv in Dortmund für eine gerechtere und sicherere Zukunft für alle Geschlechter ein. Seit 2019 beteiligen wir uns unter anderem an der Organisation von Demos und Kundgebungen, planen Aktionen und Vernetzungstreffen und öffnen Gesprächs- und Begegnungsräume für Flinta*, also Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen.

UNSERE ARBEIT

Besonders am internationalen feministischen Kampftag am 8. März sowie am Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen (und Queers) am 25. November gehen wir gemeinsam für eine gerechtere Welt auf die Straße.

Die Aufarbeitung und das Anprangern von Femiziden sind ein zentrales Anliegen unserer Gruppe. Ein Femizid ist das Töten einer Frau aufgrund ihres Geschlechts und gilt als höchste Stufe der Gewalt - ermöglicht durch patriarchale und misogynne (frauenfeindliche) Verhältnisse. Wir gehen davon aus, dass diese Gewalt bei sexistischem Humor beginnt und durch Abwertung gegenüber Frauen und Weiblichkeit aufrechterhalten wird, weshalb wir auch vermeintlich harmlose Sprüche als erste Stufe von Gewalt ansehen. Wir

erkennen außerdem die verschiedenen Unterdrückungssysteme, neben Sexismus also Rassismus, Ableismus, Klassismus, Adultismus und weitere, als ineinandergreifend und sich gegenseitig verstärkend an und schließen daraus, dass wir den Kampf gegen die Marginalisierung nur gemeinsam kämpfen können - because none of us is free until all of us are free. Das ganze Jahr über wehren wir uns also zusammen gegen die Vorstufen der extremsten Form von Gewalt gegen Flinta* und ihre Mechanismen und setzen damit rechten Narrativen feministische Vielfalt entgegen.

DIE GEFAHR ANTI-FEMINISTISCHER POLITIK

Rechte Parteien verharmlosen und verstärken die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern durch ihre rückschrittigen Rollenbilder. So wollen AfD und CDU Frauen als Mutter am Herd sehen und machen entsprechende Familienpolitik, Trad Wives und Alpha Males sprechen ihnen in den sozialen Medien aus der Seele. Dass durchschnittlich verdienende Familien sich mit einem Gehalt gar nicht finanzieren können, bleibt unausgesprochen. Dass finanzielle Abhängigkeit einer Frau von ihrem Ehemann ein enormer Risikofaktor für geschlechterspezifische Gewalt ist, ebenso. Vom Recht von Frauen und Queers, sich selbst in ihrer

sönlichkeit zu entfalten statt unbezahlte Sorgearbeit wie tägliche Hausarbeit und Kinderbetreuung zu leisten, ganz zu schweigen. Gleichberechtigte Elternschaft und alternative Modelle zur konservativen heteronormativen Kleinfamilie werden durch finanzielle Benachteiligung verunmöglicht. Der Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder und ältere Menschen bleibt aus, alles soll weiterhin von Frauen getragen werden. So wird die Abhängigkeit von gewalttätigen Ehepartnern verstärkt. Sollte eine Frau es doch schaffen, sich zu trennen, werden ihr durch fehlende Möglichkeiten auf dem völlig überbelegten Wohnungsmarkt, fahrlässige und misogynne Sorgerechtsregelungen und andere Entscheidungen des Familiengerichts weitere Steine in den Weg gelegt. Schwangerschaften stellen ein erhöhtes Gewaltrisiko dar¹, ungewollte Schwangerschaften sind in sich eine Gefahr für die körperliche und psychische Unversehrtheit von Menschen mit Uterus. Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen wird jedoch immer schwieriger, da durchführende Ärzt*innen ihre Praxen schließen und zu wenig neue Anlaufstellen nachkommen.² AfD und CDU wollen diesen Versorgungslage weiter verschärft sehen und durch ihre konservative Familienpolitik die heteronormative Kleinfamilie stärken, welche die Arbeitskraft der Frauen ausbeutet und deutsche Nachkommen statt Migration als Lösung für den demografischen Wandel ermöglicht. Gleichzeitig wird das Sozial- und Gesundheitswesen kaputtgespart.

Schutzeinrichtungen wie Frauenhäuser sind überfüllt und unterfinanziert und stellen nur vorübergehend eine Zuflucht dar. Viel zu oft werden Frauen zurück in die gemeinsame Wohnung zu dem gewalttätigen Partner gedrängt, weil ihnen die Perspektiven fehlen und wirtschaftliche Gründe gegen ein eigenständiges Leben sprechen, jegliche Unterstützung bleibt



aus. Das neue Gewaltschutzgesetz, das erst 2032 zu tatsächlichem höheren Schutzanspruch führen soll, ist nur unzureichend finanziert und bietet zudem keinen Schutz für trans Personen. Frauenhäuser sollten Schutzräume für alle Frauen sein; warum werden dann Frauen aus ihnen heraus abgeschoben? Laut der Frauenhausstatistik 2023 fehlen in Deutschland 21000 Plätze, um ein ausreichendes Angebot zu gewährleisten.³

Währenddessen tötet mindestens jeden dritten Tag ein Mann eine Frau aufgrund ihres Geschlechts. Durch die Normalisierung von antifeministischen Haltungen durch rechte Parteien und eine Verschleierung von Gewalt durch Politik und Medien sehen wir die Gefahr, dass diese Zahlen noch weiter steigen.

DIE SITUATION IN DORTMUND

Seit 2024 gab es allein in Dortmund mindestens drei Femizide, die uns mit Trauer und Wut erfüllt haben. Bei Gedenkveranstaltungen konnten wir diese auf die Straße tragen. Von der Stadt fordern wir neben einem zentralen Gedenkort für geschlechterspezifische Gewalt die Ausweitung von Präventions- und Bildungsmaßnahmen insbesondere für Jungen und Männer sowie kostenfreien und unbegrenzten Zugang zu Schutzeinrichtungen für Frauen. Informationen müssen mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden und auch Personen ohne deutschen Pass muss uneingeschränkter Schutz gewährleistet werden. In Dortmund gibt

es nur ein Frauenhaus mit 32 Plätzen, es ist das größte in NRW - und es wird zu einem Drittel durch Spenden finanziert. Zuletzt suchte eine Frau namens Sara dort vergeblich Schutz vor ihrem gewalttätigen Mann. Am 4. November 2024 wurde sie von ihm ermordet.

WAS KÖNNEN WIR GEMEINSAM TUN?

Der antifeministischen Stimmung um uns herum setzen wir feministische Vernetzung, Kultur- und Empowermentangebote entgegen. Wir öffnen Gesprächsräume, nehmen an Diskussionsveranstaltungen teil, organisieren Lesungen und machen die Stadt bunter. Räume, die ausschließlich für Flinta* offen sind, schaffen Empowerment und ein Gefühl von Gemeinschaft, um sich gegen die aktuellen politischen Entwicklungen zu stärken und zu organisieren. Einmal im Monat veranstalten wir offene feministische Treffen, bei denen wir kreativ, informativ, und im Austausch miteinander Ideen entwickeln und sichtbar werden. In der Regel finden diese Treffen an jedem zweiten Mittwoch im Monat statt. Also: Wählt feministisch und kommt zu unseren Veranstaltungen, wir freuen uns auf euch!



¹ Hedayati, "Die stille Gewalt" ² soziales-zentrum.org ³ Frauenhauskoordinierung.de

Info -----
femkodo.noblogs.org
Mail - femkollektiv_do@riseup.net
Instagram -- @feministisches_kollektiv

RADIKAL FÜR DIE QUEERE BEFREIUNG

TRANSACTION DORTMUND

Wir sind TransAction Dortmund, eine Gruppe, die sich für die Rechte, Sicherheit und Sichtbarkeit von trans Menschen einsetzt. Wir gründeten uns 2021 als Reaktion auf die aus der damaligen Bundestags-Opposition zur Abstimmung gebrachten Vorlagen zum Selbstbestimmungsgesetz, das uns trans Menschen endlich einen würdevollen Weg zur Änderung von Vornamen und Geschlechtseintrag ermöglichen sollte. Das zu diesem Zeitpunkt noch geltende "Transsexuellengesetz" (kurz TSG) aus dem Jahr 1981 war pathologisierend und viele Passagen wurden schon aufgrund ihrer Verfassungswidrigkeit für unwirksam erklärt. Die Gruppe fand sich weniger als eine Woche vor der Abstimmung über die Oppositions-

vorschläge erstmals zusammen und stellte eine Kundgebung am Tag der Abstimmung in der Dortmunder Innenstadt auf die Beine, an der rund 150 Menschen teilnahmen. Trotzdem scheiterte - wie erwartet - das Gesetz vorerst im Bundestag, da die SPD sich auf den Koalitionsfrieden mit der Union berief.

Dennoch ließen wir uns davon nicht entmutigen: Die Gruppe gründete sich als feste Struktur, organisiert seitdem viele Demos und Kundgebungen zum Beispiel zum Trans Day of Visibility (31. März), International Day Against Homophobia, Biphobia, Interphobia and Transphobia (IDAHOBIT) am 17. Mai und zum Trans Day of Remembrance am 20. November.

Seit Ende 2023 bieten wir auch regelmäßige Communitytreffen an, um Vernetzung und den Austausch untereinander zu fördern. Unsere beiden regelmäßigen Veranstaltungen finden in der Regel monatlich im SÖZ statt, der KPPQ-Stammtisch an einem Samstag und das Queer-Café meistens am dritten Donnerstag im Monat. Letzteres ist ein Ort für Queers zum gemeinsamen gemütlichen Zusammensitzen, Plaudern und natürlich, um Kuchen zu essen.

KPPQ ist eine Abkürzung für Kink, Poly, Politik und Queer und dieser Stammtisch ist für alle, die Lust haben, sich über diese Themen auszutauschen. Obwohl das Selbstbestimmungsgesetz mittlerweile existiert, ist unsere Liste an Gründen, aktiv zu werden, lei-

der eher länger geworden. In den vergangenen Jahren war international ein großer Backlash im Bezug auf die Rechte von trans Menschen wahrzunehmen. Während einzelne Länder wie die USA, Großbritannien, Russland und Ungarn hervorstachen, wurde auch in Deutschland die Stimmung gefährlicher.

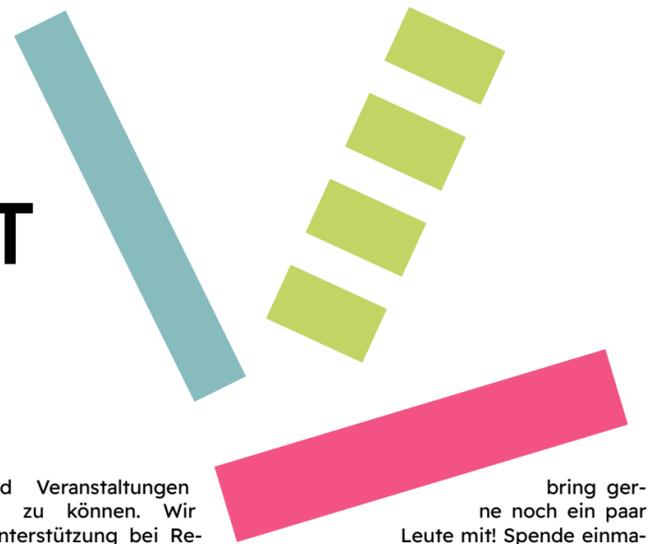
Vor allem seit letztem Jahr werden viele CSD von rechten Gegendemos unter Druck gesetzt und bedroht. Auch in Dortmund gab es im vergangenen Jahr am Tag des CSD Mobilisierungen zu einem von Neonazis organisierten „Gegenprotest“. In Gelsenkirchen wurde der diesjährige CSD wegen einer „abstrakten Bedrohungslage“ sogar kurzfristig abgesagt. Auch andere queere Orte sind Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt, zum Beispiel die LIESEL-

LE, eine queer*feministische Bibliothek und ein Archiv an der Ruhr-Universität Bochum. Dort gab es im Juni diesen Jahres einen Einbruch inklusive Sachbeschädigung und Diebstahl.

Gegen all diese Entwicklungen wollen und werden wir uns wehren und möchten einander Halt geben. Community Building ist deswegen ein wichtiger Bestandteil unseres Aktivismus und bildet somit das Fundament unseres Widerstands gegen den Faschismus.

Info -----
TransAction-Dortmund.de
Instagram ~~~~~
@transaction_do

SELBSTVERWALTETE ORTE IN DORTMUND - WARUM ES UNS BRAUCHT UND WAS ES BRAUCHT



NORDSTADTLADENVERNETZUNG
BLACK PIGEON - FREILICHT.NORD - KASINO - LANGER AUGUST
NORDPOL - OFFENES ZENTRUM - STALLGASSE - SÖZ

UTOPIEN WACHSEN IN DER NORDSTADT

Die Dortmunder Nordstadt ist schon lange ein Viertel der Arbeiter*innenschaft, des politischen Widerstands und der Freiräume für Menschen und Ideen. Auch geprägt durch ihre Rolle als Ankunftsquartier und durch die vielfältigen, teils prekären Lebensrealitäten ihrer Bewohner*innen regt sie dazu an, Gesellschaft neu zu denken: solidarisch, inklusiv, von unten.

Es wird deutlich, dass es Räume braucht, in denen Menschen zusammenkommen, sich austauschen, Utopien entwickeln und mit Leben füllen. Als selbstverwaltete Orte der Nordstadt bieten wir diese Räume - jeder Ort mit individuellen Schwerpunkten: Wir bieten Räume für Plena, Platz für Kindertreffen. Für Selbsthilfegruppen. Um Menschen aus der Nachbarschaft kennenzulernen. Um zu gärtnern. Um anzukommen. Wir bieten Zugang zu politischer Literatur, Foodsharing, Konzerten, Vorträgen, Partys, Diskussionen, Sportgruppen oder einfach Raum für ein entspanntes Feierabendgetränk. So gestalten wir ganz konkret eine solidarische Gesellschaft von unten, abseits kapitalistischer Konsumpolitik.

DER URSPRUNG

Der Ursprung einer Idee von selbstverwalteten Räumen liegt in der Jugendzentrumsbewegung der frühen 1970er Jahre und ist eng mit der Studierendenbewegung der späten 1960er Jahre verknüpft. Jugendliche und junge Erwachsene hatten das Bedürfnis nach Freiräumen ohne autoritäre Strukturen und Konsumzwang und begannen - nicht nur in den großen Städten, sondern insbesondere auch auf dem Land - sich Leerstände anzueignen und deren dauerhafte Nutzungen politisch zu erstreiten. Diese Orte dienten als Kulturräume und zur Freizeitgestaltung, insbesondere aber auch als Orte des politischen Austauschs und zur Planung von Protestaktionen.

Viele der damaligen selbstverwalteten Zentren institutionalisierten sich und wurden zu dem, was wir heute als Jugendfreizeiteinrichtungen kennen, andere lösten sich auf oder wurden zu Kultur- oder Politorten der freien Szene.

SELBSTVERWALTETE RÄUME HEUTE

Heute haben alternative und selbstverwaltete Räume im Stadtbild eine besondere Bedeutung. Vor allem unsere Innenstädte dienen kaum noch dem sozialen oder kulturellen Austausch. Konsum steht im Vordergrund, wodurch ärmere Menschen aus dem Stadtbild verdrängt werden. Viele kulturellen Angebote sind in Dortmund ebenfalls nur bei ausreichenden finanziellen Mitteln verfügbar und bilden oft nicht die Felder verschiedener Subkulturen ab. Es bleibt wenig Raum für Nachhaltigkeit, Gemeinschaft, Partizipation.

Unsere selbstverwalteten Orte versuchen, diese Lücke zu schließen. Sie bieten einen Anlaufpunkt für sozialen und politischen Austausch und dienen als Plattform für verschiedene kulturelle Angebote. Eine einfache Zugänglichkeit und vor allem das Fehlen eines kommerziellen Nutzens ist hier allen selbstverwalteten Läden gemein. Es geht um das Miteinander sowie das gemeinsame Erschaffen von Raum für Ideen und Projekte.

WARUM IST DAS SO WICHTIG?

Menschen fühlen sich zu rechten Gruppierungen und der AfD hingezogen, weil sie sich von der Politik und der Gesellschaft im Stich gelassen fühlen. Die AfD hat mit 28 Prozent den größten Anteil an Anhänger*innen mit weniger als 70 Prozent des mittleren Einkommens von allen Parlamentsparteien.¹ Viele Menschen haben Angst vor sozialem Abstieg und Armut. Damit das nicht zu einem gesellschaftlichen Gegeneinander, einem Wir und einem Die, führt, braucht es sowohl Räume politischer Bildung, politischer Auseinandersetzung und Diskurse als auch Orte der Begegnung. Es braucht Orte, an denen wir unsere Nachbarschaft kennenlernen, an denen wir uns zugehörig, als ein großes Wir fühlen können. Nicht zu-

letzt können wir aus diesen Zusammenhängen heraus als Nachbarschaft und als Stadtgesellschaft Forderungen an eine gerechtere Politik entwickeln und unsere Gesellschaft gemeinsam gestalten, anstatt Hass und Hetze gegeneinander zu verschärfen.

WAS ES DAZU BRAUCHT

Um diese Orte bieten zu können, braucht es Ressourcen: Räume, Menschen, die sich und ihre Ideen einbringen, Mittel, um die Projekte umzusetzen. Dazu brauchen wir Unterstützung - von der Stadt und von der Stadtgesellschaft. Wir brauchen langfristige, sichere Miet- oder Pachtverträge bzw. Miet- oder Pachtverlässe. Wir brauchen einen direkten Draht zum Stadtrat, der uns mit Kontakten in alle Bereiche der Stadtverwaltung hilft, um unsere An-

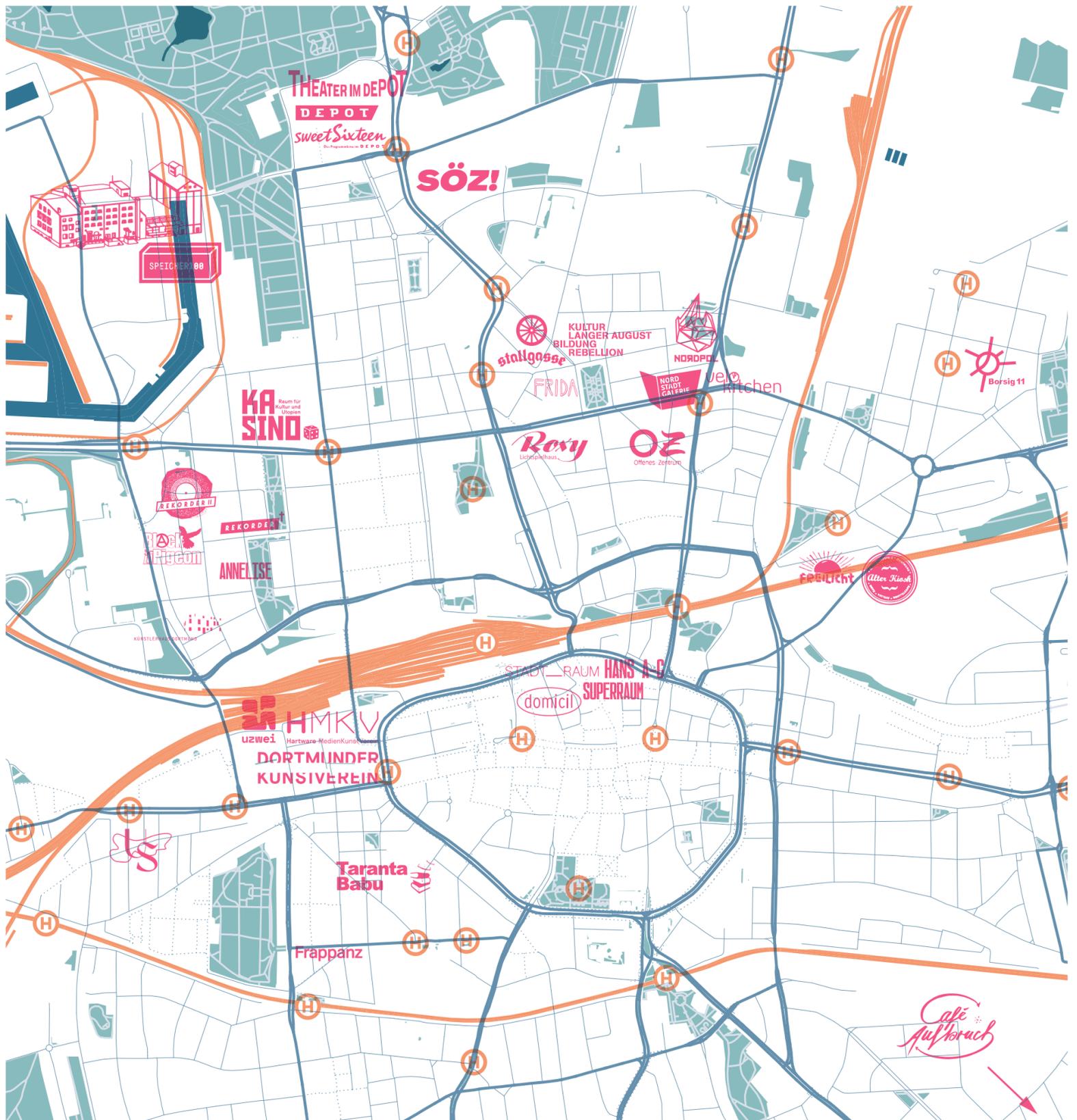
gebote und Veranstaltungen durchführen zu können. Wir brauchen Unterstützung bei Renovierung und anderen investitionsintensiven Projekten. Vor allem brauchen wir aber die Sicherheit, dass wir unsere Orte langfristig erhalten können und insbesondere auch vor rechten Angriffen, ob tätlich, medial oder verwaltungsrechtlich, geschützt werden.

MACH MIT!

Wir sind uns einig: Wir brauchen starke, lebendige und unabhängige Orte, an denen Menschen zusammenkommen und sich füreinander und für ihre Utopien einsetzen! Das ist kein Selbstläufer, sondern braucht Menschen, die sich einbringen - jeden Tag! Das bedeutet: Nimm an Veranstaltungen teil und

bring gerne noch ein paar Leute mit! Spende einmalig oder regelmäßig, um Kosten für Miete, Artists, Projekte etc. zu decken. Aber auch: Wenn dich ein Ort oder eine spezielle Veranstaltung interessiert, nimm gerne Kontakt auf und hilf mit bei der Organisation. Selbstverwaltete Orte sind offene Räume. Einfache Zugänglichkeit und Möglichkeiten zur Mitgestaltung sind wichtige Bestandteile ihres Konzepts. Die Orte leben davon, dass Menschen sie gestalten! Komm also vorbei und gestalte mit uns das solidarische Dortmund von morgen!

¹ Lux (2018): Revolte der Abgehängten? Zum Verhältnis von Rechtspopulismus und sozialer Ungleichheit <https://www.wsi.de/de/blog-17857-17870.htm>



Karte von Orten der progressiven Politik und nicht-kommerziellen Kultur in Dortmund

VOM TIKTOK-HYPE AUF DIE BARRIKADEN

— DIE LINKE DORTMUND

Während rechte Narrative lauter werden, rechtsextreme Parteien Wahlerfolge feiern und Hass im Netz und auf der Straße zur Normalität zu werden scheint, passiert parallel dazu, im Schatten der Schlagzeilen, noch etwas ganz Anderes: Immer mehr junge Menschen schließen sich zusammen und mischen sich ein. Sie treten in eine Partei ein, die vor wenigen Monaten noch als abgeschrieben galt. Die Linke erlebt inmitten ihrer eigenen Krise eine Bewegung von unten. Und sie beginnt bei denen, die am meisten zu verlieren haben: der jungen Generation.

Das alles scheint kein Zufall zu sein, denn junge Menschen erleben seit vielen Jahren Krise als neuen Dauerzustand. Und trotz der unzähligen Herausforderungen stellen viele Studien eine überraschende Grundhaltung bei ihnen fest: Immer mehr verstehen die Situation nicht als lähmende Erfahrung, sondern als Gestaltungsaufforderung. Waren im Jahr 2022 noch 22 Prozent bereit, ein politisches Engagement einzugehen, sind es nun 37 Prozent (Shell Deutschland, 2024).

Und auch in der Linken spürt man diese Bereitschaft mehr als deutlich. Denn während sich die Zahl der Mitglieder in der Partei quasi verdoppelt hat, sind nun gleichzeitig fast 60 Prozent aller Mitglieder 35 Jahre oder jünger.

ZWISCHEN WUT UND HOFFNUNG

„Ich wollte nicht mehr nur zuschauen, wie der Hass lauter wird“, erzählt Lara (23), die an der TU Dortmund studiert

und seit letztem Jahr bei der Linken aktiv ist. „Irgendwann war klar: Nur Demoauftritte auf Instagram zu teilen, reicht nicht mehr. Ich will aktiv etwas tun.“

Wie ihr geht es vielen. Nach Jahren des innerparteilichen Streits und medialer Aufmerksamkeit für Abspaltungen und Skandale hat sich Die Linke für viele politisch interessierte junge Menschen wieder als Ort positioniert, an dem man Haltung zeigen kann. Nicht, weil dort alles perfekt ist, sondern weil der Ernst der Lage keine Neutralität mehr erlaubt.

„Der Rechtsruck macht mir Angst, aber hat mich auch mobilisiert“, berichtet Leni (36), die als Neumitglied während der Bundestagswahl mehrere hundert Haustürgespräche geführt hat. „Es fühlt sich an wie die letzte Möglichkeit, meine und besonders die Zukunft meiner Tochter noch aktiv mitzugestalten.“

NEUE MITGLIEDER NEUE ENERGIE

Mit dem rasanten Anstieg der Mitgliederzahlen fällt eine Sache besonders auf: Viele bringen nicht nur politisches Interesse mit, sondern auch konkrete Ideen, Energie und den Willen, sich einzubringen.

Dabei geht es nicht um Parteikarriere oder Mandate, sondern um Präsenz: Auf der Straße, in den Vierteln, im direkten Gespräch mit den Menschen. „Wir wollen zeigen, dass Politik nicht von oben kommen sollte, sondern gemeinsam mit den Menschen gemacht werden muss“, erklärt Jenny (30), die seit November Parteimitglied ist und

jetzt als Spitzenkandidatin für die Bezirksvertretung in Dortmund Ost kandidiert.

Viele der jungen Linken organisieren neue Arbeitsgruppen, vernetzen sich über Discord und veranstalten regelmäßig offene Treffen. Wichtiger Bestandteil der Parteiarbeit bleiben für alle Engagierten die Haustürgespräche. Besonders in Stadtteilen, in denen die Menschen sich abgehängt fühlen. Oder auch da, wo rechte Parteien ihre Hochburgen haben. Aber nie mit erhobenem Zeigefinger, sondern mit einem offenen Ohr. „Alle reden. Wir hören zu. Unser Motto für die Haustürgesprache meinen wir ernst. Wir gehen nicht an die Türen, um von uns zu erzählen, was wir alles Tolles machen, sondern um zu hören, was die Menschen wirklich bewegt und was sie brauchen“, erzählt Johanna (33), Sprecherin der Haustür-AG.

WARUM GERADE DIE LINKE?

Die Antwort fällt selten dogmatisch aus. Oft ist es ein Prozess: Frustration über die soziale Spaltung, Wut über Rassismus, Sorge um den Planeten – und das Gefühl, dass andere Parteien sich den Narrativen der AfD unterwerfen und schlichtweg nicht mehr glaubwürdig sind.

„Die Linke ist nicht perfekt. Aber welche Partei ist das schon? Trotzdem prangern wir immer wieder an, was schiefläuft. Stehen ganz klar gegen Rechts, ohne Wenn und Aber und bleiben unbequem“, beschreibt Leni, die

zur Kommunalwahl für den Stadtrat kandidiert.

In einer Zeit, in der die politische Kommunikation oft aus Worthülsen besteht, wirkt klare Kante wieder attraktiv. Das zeigt sich auch auf Social Media, wo Die Linke besonders dank Heidi Reichinnek immer wieder mit witzigen, provokanten und trotzdem eindeutigen Botschaften immer wieder verfangt.

HOFFNUNG IST EINE HALTUNG —

Natürlich reicht Engagement allein nicht, um den Rechtsruck zu stoppen. Aber es verändert die Atmosphäre. Wer sich organisiert, gewinnt Einfluss auf Diskussionen im eigenen Umfeld, auf den öffentlichen Raum und somit auf politische Entscheidungen vor Ort. Und: Man fühlt Gemeinschaft. Deshalb ist es umso wichtiger, dass sich solidarische Gemeinschaften zusammenschließen.

Die Linke arbeitet daran, mit anderen solidarischen Gruppen hier in Dortmund eine breite Front gegen den erstarkenden Rechtsextremismus zu bilden. Dabei geht es nicht nur um symbolische Unterstützung, wie Demo-Unterzeichnungen, sondern um konkrete Zusammenarbeit: Durch das Teilen von Ressourcen, politische Rückendeckung und öffentliche Sichtbarkeit. Die Linke nutzt ihre parlamentarische Stimme, um Forderungen der Organisationen zu stärken, etwa im Kampf gegen Rassismus, soziale Ausgrenzung und Abschiebungen. Gleichzeitig schafft Die Linke Räume, in denen zivilgesellschaftliche

Akteur*innen sich vernetzen und gemeinsam Strategien entwickeln können. Denn nur durch ein starkes Bündnis auf Augenhöhe lässt sich der Rechtsruck wirksam zurückdrängen.

„Wir werden die Gesellschaft nicht von heute auf morgen drehen“, sagt Lara. „Aber wir können anfangen, unsere Zukunft zu verteidigen – jetzt! Mit klarer Haltung, mit echter Solidarität und mit verdammt viel Energie.“ Denn genau das ist vielleicht die wichtigste Botschaft dieser neuen jungen Linken: Dass Hoffnung kein Gefühl ist, das man hat oder nicht hat. Sondern eine Entscheidung. Eine Haltung. Und manchmal auch: ein Mitgliedsantrag.

Zwischen rechter Verrohung und politischer Resignation wächst etwas Neues. Und wer heute das Gefühl hat, allein zu sein, mit seinen Zweifeln, seiner Wut, seiner Sehnsucht nach Gerechtigkeit – dem sei gesagt:

NIEMALS ALLEINE. IMMER GEMEINSAM!

Info ~

dielinke-dortmund.de

Instagram ~~~~~

@dielinke_dortmund

Linkes Zentrum —

Rheinische Straße 56
44137 Dortmund

SOLIDARISCH

VIELFÄLTIG

GRÜN

— BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DORTMUND

Wir setzen uns ein für eine Politik, die Haltung zeigt, gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und den zunehmenden Rechtsruck. In einer Zeit, in der autoritäre, rassistische und antifeministische Stimmen immer lauter werden, braucht es eine demokratische, solidarische und glaubwürdige Antwort. Und das geht nur gemeinsam.

Als Teil einer vielfältigen, kritischen Zivilgesellschaft begreifen wir unser politisches Handeln als Bündnisarbeit, im engen Schulterschluss mit antirassistischen Initiativen, migrantischen Selbstorganisationen, kulturellen Projekten, antifaschistischem Engagement und sozialen Bewegungen.

ZUKUNFT SCHAFFT MAN NUR GEMEINSAM --

Unser politisches Handeln ist mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen verknüpft. Als Bündnispartei sehen wir es als unsere Aufgabe, Räume für Engagement zu schaffen, Initiativen zu unterstützen und ihre Perspektiven in die kommunale Politik zu holen. Denn wer weiß besser, was gebraucht wird, als die Menschen, die konkret von Diskriminie-

rung, Armut oder Wohnungslosigkeit betroffen sind oder die sich jeden Tag gegen rechte Hetze und Diskriminierung engagieren? Wir sehen die wichtige Arbeit, die hier täglich oft ehrenamtlich geleistet wird, und wir wollen diese bestmöglich unterstützen.

Politische Gestaltung heißt für uns, auf diese Stimmen zu hören und gemeinsam daran zu arbeiten, dass ihre Erfahrungen und Forderungen politisches Gewicht bekommen und das nicht stellvertretend, sondern verbindend. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, migrantische Selbstorganisationen zu stärken, das Amt für Migration eingerichtet und die Überarbeitung des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus auf den Weg gebracht. Wir setzen uns gegen diskriminierende Sprache und für diskriminierungssensible Strukturen ein, in der Verwaltung ebenso wie in der Öffentlichkeit. Dortmund hat sich auf unseren Druck hin gegen die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete positioniert. Mit dem Housing-First-Prinzip stärken wir neue Wege im Umgang mit Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Wir kämpfen für eine solidarische Sozialpolitik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt.

SOLIDARISCH. GERECHT. ~ VIELFÄLTIG.

Gemeinsam mit allen Bürger*innen wollen wir Dortmund bis 2035 klimaneutral machen. Mit dem von uns initiierten Klimabeirat, in dem Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenkommen, werden konkrete Lösungen auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt gefunden. Gleichzeitig treiben wir die Verkehrswende voran, fördern genossenschaftliches Bauen und setzen uns für mehr bezahlbaren Wohnraum ein.

Bildung ist für uns ein zentraler Schlüssel für eine selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb haben wir neue Gesamtschulen auf den Weg gebracht, Angebote für zugewanderte Kinder geschaffen und ein kostenloses Schulfrühstück in allen Aktionsräumen eingeführt.

Mit unserem Wahlprogramm „Macht heute, was morgen zählt“ formulieren wir keinen reinen Katalog an Einzelmaßnahmen, sondern ein Angebot an alle, mit uns ins Gespräch zu kommen, mit uns über die besten Lösungen zu streiten, eigene Ideen anzubringen und gemeinsam mit uns Dortmund solidarisch zu gestalten. Wir setzen uns

dafür ein, dass niemand wegen Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Identität oder Armut ausgeschlossen wird. Das vielfältige Engagement der Dortmunder*innen für eine offene und gerechtere Gesellschaft soll dauerhaft gefördert werden, politische Bildung und neue Teilhabeformate sollen Selbstwirksamkeit schaffen und Demokratie erlebbar machen. Kritische Erinnerungs- und Gedenkarbeit braucht Räume, genau wie das solidarische Miteinander. Das wollen wir weiter unterstützen.

Gemeinsam mit euch und unserer Oberbürgermeisterkandidatin Katrin Lögering wollen wir Dortmund nachhaltig, demokratisch und gerecht gestalten.

WIE DU MITMACHEN KANNST

Wer sich für ein solidarisches, gerechtes, nachhaltiges und antifaschistisches Dortmund einsetzen will, ist bei uns jederzeit herzlich willkommen. Ob bei der GRÜNEN JUGEND, in thematischen Arbeitsgruppen, in diversen Ortsgruppen oder bei einem entspanntem Austausch, es gibt viele Wege,

dabei zu sein. Politisches Engagement beginnt da, wo du es möchtest: im Gespräch an der Haustür, beim Ideen-Brainstormen, bei einer Demo oder in einer Arbeitsgruppe zu Bildung, Klima oder Antirassismus.

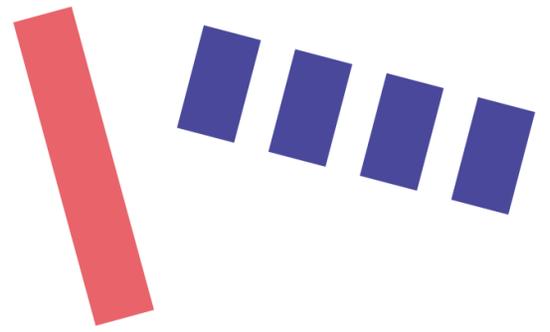
Bei uns kann jede*r einfach direkt mitmachen, gerade auch diejenigen, die selbst Ausgrenzung erleben oder politische Räume bisher als verschlossen wahrgenommen haben. Wir wissen: Demokratie lebt von Vielfalt und wir wachsen mit jeder Perspektive.

Mehr Informationen zum Mitmachen gibt es unter www.gruene-dortmund.de oder direkt im GRÜNEN Zentrum am Königswall. Wir freuen uns auf euch.

Info -----

gruene-dortmund.de

ORGANISIERT EUCH: GEWERKSCHAFTLICHE SOLIDARITÄT ALS GEGENMACHT



VER.DI
BEZIRK WESTFALEN

Wir befinden uns in einer herausfordernden Zeit. Rechtsradikale erhalten Gehör und politische Macht. Es sind 38 Grad, der Klimawandel schreitet rasend voran und gewerkschaftliche Errungenschaften werden täglich angegriffen: Das betrifft das Streikrecht, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder den hart erkämpften Acht-Stunden-Tag. Als gewerkschaftliche Bewegung befinden wir uns ganz klar in einer Traditionslinie: Wir stehen für eine antifaschistische, nachhaltige und soziale Gesellschaft ein.

Von rechter Seite wird oft der Punkt betont, dass es jetzt gelte, ein „organisches“ Innen vor einem Außen zu verteidigen. Als das Außen werden dann Migrant*innen, unbequeme, kritische Stimmen, queere Personen und auch Bürgergeldempfänger*innen als Sündenböcke eingesetzt. Sie werden abgewertet, diskriminiert, gehasst.

Statt Innen und Außen treiben uns das Unten und Oben an. Wenn gesagt wird, dass „wir in Deutschland den Gürtel enger schnallen müssen“, müssen wir skeptisch werden. Denn das „Wir“ ist

oft ein „Ihr“. Momentan schallt es eher: „Ihr müsst den Gürtel enger schnallen“. Gemeint ist: „Ihr müsst mehr als acht Stunden am Tag arbeiten und euch schlechten Bedingungen unterordnen, ohne rechtliche Verteidigungsmöglichkeiten zu haben.“

Wir verwehren uns dem. Gerade in diesen Zeiten geht es darum, den gesellschaftlichen Konflikt um materielle Verteilung hochzuhalten und in den Vordergrund zu stellen. Es gilt, weiterhin den Konflikt zu suchen und eben nicht in einem (wirtschaftsnationalen) Einvernehmen aufzugehen. Unsere Kolleg*innen in den Betrieben stellen sich diesem Konflikt täglich.

Er betrifft auch den Bereich der Kommunalpolitik und Kommunalfinanzen. Viele kommunale Arbeitgeber haben in der vergangenen Tarifrunde stark ins Feld geführt, dass sie kein Geld hätten und der Ausgleich der Reallohnverluste eigentlich schon den Rahmen sprengt. Was stimmt, ist, dass die Haushaltssituation vieler Kommunen (gerade in NRW) prekär ist. Es ist nun aber kein Naturgesetz, dass das so sein muss, sondern dem liegen politische Entscheidungen zu Grunde. Die Kolleg*innen in den Betrieben haben recht, wenn Sie sagen: Die politischen (Fehl-) Entscheidungen dürfen nicht auf unseren Rücken ausgetragen werden.

Ver.di hat deshalb NRW-weit in Zusammenarbeit mit sozialen Wohlfahrtsverbänden und einem Bündnis aus kommunalen Verantwortungsträger*innen eine Initiative vorangetrieben, die fordert: „NRW muss investieren!“ Es muss Schluss sein mit der aktuellen

Situation: Tagtäglich geht deutschlandweit ein zweistelliger Millionenbetrag verloren, da der Bestand an Infrastruktur nicht gepflegt wird. Eine mangelnde Finanzierung der Kommunalpolitik zeigt sich aber auch in vielen Betrieben: Stellen werden nicht nachbesetzt, Urlaubsansprüche häufen sich an, da so viel Arbeit anfällt, dass er nicht genommen werden kann, Überstunden gehen durch die Decke und Kolleg*innen leiden an Überbelastung und Burn-Out.

Wenn in Dortmund dein Kind nicht schwimmen lernen kann, weil die Schwimmbäder saniert werden müssen, die Gebäude bröckeln und Personalengpässe in sozialen Bereichen bestehen, liegt das daran, wie Kommunalfinanzen strukturell verteilt werden und was wie gesellschaftlich wertgeschätzt wird. Die Kommune wie auch der Betrieb sind Orte, an denen wir alle Politik tagtäglich erleben. Die Zeit ist überreif, an der Verteilung der Gelder etwas zu ändern. Die Kommunalpolitiker*innen müssen die finanzielle Ausgestaltung der Kommune als Forderung gegen Landes- und Bundespolitik einbringen. Geld sollte hierbei in die öffentliche Daseinsfürsorge gesteckt werden. Das ist öffentlicher Reichtum, der allen zu Gute kommt.

Demokratie wird in den Städten gemacht, aber auch in den Betrieben und in allen Teilbereichen unseres Lebens. Und sie bröckelt. Die gewerkschaftliche Bewegung fußt auf dem Engagement jeder einzelnen Person. Wir sagen immer gerne: Die Arbeitgeber sind zu fast 100 Prozent organisiert. Seid das auch! Jetzt sind wir alle gefragt.

Konkret bedeutet das im gewerkschaftlichen Kontext:

- Werdet Mitglied, werdet Gewerkschafter*in und damit aktiver Teil im Kampf gegen Sozialabbau, Demokratiefeindlichkeit und Vereinzelung.
- Schließt euch euren gewerkschaftlichen Betriebsgruppen oder Vertrauensleutestrukturen an. Nur gemeinsam seid ihr stark.
- Kommt in unseren Jugendaktivenkreis. Prägt die gewerkschaftliche Bewegung inhaltlich und seid Teil einer neuen Generation.
- Unterstützt Kolleg*innen der örtlichen Betriebe solidarisch in ihren Arbeitskämpfen als Arbeitskämpfer*in: Geht mit uns in die betriebliche Ansprache, den Strukturaufbau und die Auseinandersetzung.

Info -----

westfalen.verdi.de

BETRIEBLICHE MITBESTIMMUNG IST EIN ZENTRALER PFEILER DER DEMOKRATIE

IG METALL
RUHRGEBIET MITTE

Demokratie beginnt am Arbeitsplatz: Was haben IG Metall und Betriebsräte damit zu tun? In den vergangenen Jahren wurde Deutschland von einer Reihe tiefgreifender Krisen erschüttert. Die Corona-Pandemie hat in mancherlei Hinsicht unsere Gesellschaft gespalten und auch das Arbeitsleben und die Wirtschaft stark gebeutelt. Lieferkettenprobleme, Energiepreisschocks infolge geopolitischer Spannungen sowie die anhaltende Transformation der Industrie haben die Situation weiter verschärft: wirtschaftlich, sozial und auch politisch. In solchen Zeiten zeigt sich besonders deutlich, wie wichtig eine starke Interessenvertretung für Beschäftigte ist – durch Gewerkschaften wie die IG Metall und durch engagierte Betriebsräte.

MITBESTIMMUNG ALS DEMOKRATISCHES FUNDAMENT

Die betriebliche Mitbestimmung ist ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie. Sie sorgt dafür, dass Beschäftigte nicht nur Befehle empfangen, sondern aktiv an Entscheidungen im Unternehmen mitwirken können. Und dies auch sollten, denn meist haben sie (im Gegensatz zu irgendwelchen Managern) durch die tägliche Arbeit die größte Expertise, was richtig oder falsch läuft. Betriebsräte und Gewerkschaften wie die IG Metall vertreten die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, setzen sich für faire Arbeitsbedingungen, gute Löhne und sichere Arbeitsplätze ein – und tragen damit zur Stabilität und zum sozialen Frieden in unserem Land bei.

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich

der Wert dieser Mitbestimmung: Während der Pandemie haben Betriebsräte in vielen Unternehmen Kurzarbeitsregelungen mitgestaltet, Gesundheitschutzmaßnahmen durchgesetzt und Entlassungen verhindert. Auch in der aktuellen Transformationsphase – Stichwort Digitalisierung und ökologische Wende – sind sie unverzichtbar, um diesen Wandel sozial gerecht zu gestalten.

ANGRIFF AUF MITBESTIMMUNG UND TARIFBINDUNG

Doch diese Errungenschaften sind keine Selbstverständlichkeit. Bestimmte konservative und rechte Kräfte arbeiten daran, die betriebliche und gewerkschaftliche Mitbestimmung zu schwächen – teils offen, teils verdeckt. Wenn diese Leute von „Bürokratieabbau“ sprechen, meinen sie etwas ganz anderes damit als wir. Sie wollen den Arbeits- und Gesundheitsschutz herunterfahren, stellen Tarifverträge infrage, wollen Betriebsräte entmachten oder verhindern deren Gründung ganz. Das Ziel: mehr Macht für Unternehmen, weniger Rechte für Beschäftigte. Die Folge ist eine Umverteilung von unten nach oben – mit wachsender sozialer Ungleichheit und einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft.

Dabei ist klar: Tarifbindung schützt. Sie sorgt für faire Löhne, klare Arbeitszeiten und transparente Regeln. Deshalb braucht es endlich ein starkes Tarifrechtgesetz, das öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergibt. So wird Lohndumping verhindert und gute Arbeit gefördert.

RASSISMUS ALS INSTRUMENT DER SPALTUNG

Damit diese Bestrebungen nicht so sehr in den Fokus geraten, schüren die Rechten Ängste, Vorurteile und Rassismus. Es geht ihnen dabei aber nicht um Lösungen. Sie wollen keine Brücken bauen, sondern eine breite Spaltung der Gesellschaft forcieren. Eine Spaltung, die von ihren Machenschaften ablenkt und welche zudem die Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigten, der Angestellten und Arbeitenden schwächt. Denn eins hat uns die Geschichte gelehrt: Gewerkschaften sind nur dann stark und erzielen gute Ergebnisse, wenn sich viele Menschen gemeinsam für ein Ziel organisieren und dafür kämpfen. Das ist die Grundlage für bessere Arbeitsbedingungen. Und auch deshalb zeigt die IG Metall klare Kante gegen Rassismus und Ausgrenzung. Als Gewerkschaft unterstützen wir auch alle, die sich in ihren Betrieben gegen solche Angriffe zur Wehr setzen.

SOZIALE INVESTITIONEN STATT AUFRÜSTUNG

Die IG Metall Ruhrgebiet Mitte sieht außerdem mit Sorge, dass der Staat derzeit Milliarden in die militärische Aufrüstung steckt, während gleichzeitig bei sozialen Einrichtungen gespart wird. Schulen, Pflegeheime, Frauenhäuser und Jugendzentren sind davon betroffen. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Wenn das Geld ins Militär fließt, fehlt es an anderer Stelle, nämlich dort, wo es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dringend gebraucht wird.

Eine starke Demokratie braucht soziale Sicherheit als Fundament. Mieten müssen bezahlbar bleiben, bei den Stromkosten braucht es dringend Entlastung für die privaten Haushalte. Das Verkehrsnetz muss ausgebaut, Busse und Bahnen preiswerter werden. Wer in Bildung

und soziale Infrastruktur investiert, stärkt das Vertrauen der Menschen in den Staat – und damit auch die Demokratie.

BETRIEBSRATSWAHLEN 2026: JETZT MITGESTALTEN!

Von März bis Mai 2026 finden bundesweit die nächsten Betriebsratswahlen statt. Sie sind eine große Chance, die Mitbestimmung im eigenen Betrieb zu stärken. Die IG Metall ruft alle Beschäftigten auf, sich zu beteiligen – sei es durch die Teilnahme an der Wahl, durch eine Kandidatur oder durch die Gründung eines neuen Betriebsrats, wo es bislang noch keinen gibt. Die Gewerkschaft steht ihren Mitgliedern dabei mit Rat und Tat zur Seite: mit Schulungen, rechtlicher Unterstützung und einem starken Netzwerk. Denn Mitbestimmung ist kein Selbstläufer – sie lebt vom Engagement der Menschen vor Ort.

Fazit: Demokratie beginnt im Betrieb. In einer Zeit, in der autoritäre Tendenzen zunehmen und soziale Spaltungen wachsen, ist die betriebliche Mitbestimmung ein Bollwerk der Demokratie. Sie gibt Beschäftigten eine Stimme, sorgt für Gerechtigkeit im Arbeitsleben und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die IG Metall kämpft dafür – Tag für Tag, Betrieb für Betrieb. Jetzt ist die Zeit, sich einzumischen. Für faire Arbeit. Für soziale Gerechtigkeit. Für eine lebendige Demokratie. Und für ein solidarisches Miteinander. Nicht nur in Dortmund.

Info -----

igmetall-ruhrgebiet-mitte.de



— DON'T FORGET THE EAST

— ANTIFAS AUS EISENACH

Die ostdeutschen Landtagswahlen 2024 waren der Anstoß für die Tresenreihe "Don't forget the struggle. Don't forget the east", die unregelmäßig meist im Nordpol stattfindet. Wir wollten nicht alleine sein mit der niederschlagenden Situation in Ostdeutschland, der wir hilflos gegenüber stehen. Gleichzeitig wollen wir nicht mit dem Finger auf den „schlimmen“ Osten zeigen, sondern zeigen, dass es neben rechten Brandstifter*innen und Nazi-Schläger*innen auch Solidarität und Widerstand gibt. Wir laden immer wieder ostdeutsche Genoss*innen, damit sie selbst von ihrer Situation erzählen können und wir gemeinsam überlegen können, wie eine solidarische Praxis über viele Kilometer hinweg aussehen kann, wie wir unseren Genoss*innen in ihrem harten Kampf gegen den rechten Mob den Rücken stärken können. Für uns war klar: Die Genoss*innen aus Eisenach müssen wir unterstützen. Sie sind nicht nur mit der AfD sowie einer lokalen, starken und sehr gewalttätigen Neonazis konfrontiert, sondern treffen immer wieder auf Neonazis aus Dortmund. Wir freuen uns, dass unsere Genoss*innen von vor Ort sich dem rechten Normalzustand tagtäglich entgegenstellen. Ob Ost, ob West, nieder mit der Nazipest.

Als wir im letzten Jahr in Thüringen die kommunalen Parlamente wählten, war uns bereits klar, wie die Ergebnisse aussehen würden. Als politische Linke in Eisenach kennen wir die Situation bestens, weshalb die konservativ-rechten Mehrheiten in fast allen Stadt- und Gemeinderäten sowie in Kreistagen nicht überraschend kamen.

Zugleich war uns die Tragweite der Auswirkungen bewusst: Politisch motivierte Kürzungen von Integrationsstellen, die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete oder die Streichung der Gelder für Jugendarbeit sind seit der Kommunalwahl im September 2024 an der Tagesordnung.

Kommunalwahlen sind die Wahlen, bei denen sowohl in Thüringen als auch in NRW Menschen ab dem 16. Lebensjahr mitbestimmen können. Man könnte meinen, die kommunale Politik sei am lebensnächsten. Wohl auch, weil die Politiker*innen vorrangig ehrenamtlich arbeiten. Vor allem der Wahlkampf ist für die Kandidierenden eine Herausforderung. Manche von uns kennen es: Flyer verteilen, Plakate hängen, Infostände durchführen. Das ist Basisarbeit, die vor allem vor den Kommunalwahlen von den Kandidierenden und ihren ehrenamtlichen Teams selbst erledigt wird. Die Wahl zum Stadtrat oder Kreis-

tag ist jedoch auch deshalb so lebensnah, da die entstehenden Mehrheiten über die Vorgänge entscheiden, die die Bevölkerung unmittelbar betreffen. Dementsprechend gibt es ganz unterschiedliche Motivationen, die zur Stimmabgabe führen können: Die alleinerziehende Mutter geht wählen, damit der nächste Stadtrat die Kindergarten-Gebühren nicht weiter erhöht. Der 16-jährige Junge mit Migrationshintergrund geht wählen, damit sich die finanzielle Situation für Kultureinrichtungen verbessert. Die junge Frau, die gerade ihre Ausbildung im Klinikum begonnen hat, geht wählen, damit die Vertreter*innen im Parlament für eine bessere Ausbildungsvergütung einstehen.

Die Kommunalwahl ist also eine Möglichkeit, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Genauer gesagt: Die Wahlkampfarbeit im Vorfeld ist die Chance, um im Quartier, im Dorf oder der Wohnsiedlung vorstellig zu werden und über genau diese Themen zu sprechen. Wir kennen das: Die ehrgeizigen Pläne für bessere Kommunikation mit den Wählenden und Transparenz bei politischen Themen sind nicht leicht umzusetzen. Diese zehren nämlich oft stark an den personellen Möglichkeiten kleinerer Kreisverbände. Auch Stadtverbände können – trotz höherer Mitgliedszahlen – oft nicht über zu viele

ehrenamtliche Helfer klagen. Zudem entsteht eine zweite Herausforderung, die mit der ersten zusammenhängt: Vielen der Wahlberechtigten ist die Bedeutung der Kommunalwahl durch die fehlende Präsenz der Kandidierenden kaum bewusst. Klar, die Wahlplakate sieht man und die Wahlscheine liegen auch im Briefkasten. Aber wer sind diese Menschen eigentlich, die mir morgens auf dem Weg zur Arbeit von der Laterne zulächeln?

Hier muss eine Wahlkampfarbeit ansetzen, die beide genannten Herausforderungen verbindet: In den Stadtteilen muss auf die jeweiligen Probleme der Menschen eingegangen werden. Die linke Bewegung muss zusammen mit den Kandidierenden wohlgesinnter Parteien den Menschen zuhören, ihnen Vorschläge und Zukunftsaussichten aufzeigen und vor allem gute Laune verbreiten. Und das kann übrigens auch abseits der Wahlkämpfe stattfinden. Wenn die stabilen Menschen im Quartier zusammen verschiedene Angebote schaffen, dann kann auch die Außenwahrnehmung linker Ideale verbessert werden. Dieser Gedanke findet sich bereits in unzähligen wichtigen Orten in Deutschland – ob Eisenach oder Dortmund. Unsere Ideen müssen weiterhin praktisch werden: Kultureinrichtungen, Nachbarschaftshilfe oder Bildungsangebote. Wenn unabhängig von Par-

teipolitik linke Ideale gelebt werden, können wir das Leben einiger Familien in den Stadtteilen Dortmunds oder Eisenachs spürbar verbessern. Außerdem müssen Safer Spaces für marginalisierte Gruppen geschaffen werden. Das Erstarren der Rechten stellt nämlich nicht nur eine politische Gefahr dar, sondern ist auch eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Queers und weitere marginalisierte Gruppen. Die Schaffung solcher Angebote, die sich gegen rechte Hegemonie stellen, benötigt Zusammenhalt. Eine Spaltung an abstrakten Themen, die uns im schlimmsten Fall lähmt, wäre fatal.

Das braucht aber auch einen Diskurs: Wie können wir unsere Kapazitäten gezielt einsetzen, um verschiedene Projekte zu unterstützen? Auch in den kommenden Kommunalwahlen in NRW werden rechts-konservative Mehrheiten an Boden gewinnen. Natürlich brauchen wir eine handlungsfähige Opposition in den Parlamenten. Die Genoss*innen halten die Fahne hoch, während sie harte kommunalpolitische Arbeit leisten. Was die linke Bewegung dazu auch braucht, ist Präsenz in der Gesellschaft. Auch wenn sich das alles wie eine Utopie anhört angesichts unserer limitierten Kapazitäten und andauernden Kämpfe. Linke Ideale sind mehrheitsfähig – sie müssen nur viel besser sichtbar werden.

WIE KRITISCH DARF DIE GEMEINNÜTZIGE ZIVILGESELLSCHAFT SEIN?

— ALLIANZ
»RECHTSSICHERHEIT FÜR POLITISCHE WILLENSBILDUNG«

Gemeinnützige Vereine, die sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzen, geraten zunehmend unter Druck. Beispielhaft dafür steht die berühmt-berüchtigte Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion, mit 551 detaillierten Fragen zur Arbeit von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Zusammenstellung dieser NGOs wirkt erratisch – von Greenpeace und der Deutschen Umwelthilfe über Attac und die Neuen Deutschen Medienmacher*innen bis hin zu den Omas gegen Rechts ist alles dabei: kleine und große, eher lose strukturierte und fest etablierte, gemeinnützige und nicht gemeinnützige. Als gemeinsamer Nenner lässt sich wohl festhalten: Diese Organisationen gehen der Union aus irgendeinem Grund anscheinend furchtbar auf die Nerven.

KULTURKAMPF AUF DEM RÜCKEN EINER KRITISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT

Bemerkenswert war auch die Tonalität der Anfrage: Das Raunen von „finanziellen Schattenstrukturen“ und einem „Deep State“ erfüllt primär den Zweck, als kritisch wahrgenommene zivilgesellschaftliche Organisationen zu diffamieren und zu delegitimieren. Eine solche Herangehensweise kennen wir von der AfD. Dass nun auch die Union

sich nicht zu schade dafür ist, auf diese Weise gegen eine kritische Zivilgesellschaft zu Felde zu ziehen, hat eine beunruhigende neue Qualität. Das Vorgehen fügt sich nahtlos ein in eine Debatte, die politische Auseinandersetzungen nicht mehr entlang von Sachfragen führt, sondern zunehmend kulturkämpferisch daherkommt.

Mit dieser Kleinen Anfrage setzt die Union in Bezug auf die kritische Zivilgesellschaft nicht nur den Ton für die neue Legislaturperiode, sondern stellt gleichzeitig auch das Bestreben infrage, mehr Rechtssicherheit für gemeinnützige Vereine zu schaffen. 2021 hatte sich die Ampel zwar auf eine Reform geeinigt, war damit aber gescheitert. Vage gehaltene Formulierungen im aktuellen Koalitionsvertrag wie „Modernisierung des Katalogs gemeinnütziger Zwecke“ lassen von der aktuellen Regierung diesbezüglich noch weniger erwarten.

GEMEINNÜTZIGKEIT ALS ANERKANNTE BASIS GESELLSCHAFTLICHEN HANDELNS

Was vielen Menschen nicht klar ist: Gemeinnützigkeitsrecht ist Steuerrecht. „Gemeinnützig ist, wer die Allgemeinheit selbstlos fördert“ steht sinngemäß in der Abgabenordnung. Dieser Status beinhaltet viel mehr als nur Steuervorteile für Spender*innen und den Verein selbst. Er ermöglicht den Vereinen zum Beispiel Zugang zu kommunalen Räumlichkeiten zu vergünstigten Konditionen und ist häufig Voraussetzung für die finanzielle Förderung durch Drittmittelgeber wie Stiftungen. Der

Status Gemeinnützigkeit ist ein breit anerkanntes Siegel für positives gesellschaftliches Wirken. Der Einsatz für Natur- und Klimaschutz, Jugendarbeit, Sport, Kunst, Kultur oder Verbraucher*innenberatung – das und vieles mehr ist von den gemeinnützigen Zwecken in der Abgabenordnung abgedeckt. In der Auflistung fehlen jedoch eine Reihe von ebenfalls zweifelsfrei Gemeinwohl fördernden Zwecken wie etwa Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Zudem hat der Bundesfinanzhof 2019 mit dem „Attac-Urteil“ die beiden Zwecke Förderung des demokratischen Staatwesens und der politischen Bildung deutlich verengt. Politische Bildung darf seitdem nur noch „in geistiger Offenheit“ stattfinden, wie auch immer Finanzbeamten diese definieren. Das demokratische Staatswesen wird nach dieser Rechtsprechung nicht durch demokratisches Handeln an sich gefördert, der entsprechende Zweck erlaubt lediglich, die Funktionsweise unseres Staatswesens zu erläutern. Wer sich also politisch einmischte und keinen passenden Zweck zur Verfügung hat, läuft Gefahr, die Gemeinnützigkeit zu verlieren.

Das alles wird zunehmend zum Problem, denn konservative bis rechtsradikale Kreise nutzen sowohl die Lücken und Unsicherheiten im Gesetz als auch die Mär vom politischen Neutralitätsgebot, um Vereinen systematisch das Leben schwer zu machen. Sie stiften dazu an, vermeintlich parteipolitisch oder auch nur „politisch“ agierende Vereine bei den Finanzämtern anzuzeigen. Dabei verkennen sie zweierlei: Selbstorganisiertes Engagement ist essenziell für

unsere Demokratie und zwar auch dann, wenn es unbequem ist, weil dessen Ziele (selbstverständlich) nicht zwangsläufig mit denen von Parteien übereinstimmen. Es ist genau die Aufgabe solcher Organisationen, sich für unterrepräsentierte und schwach vertretene Gruppen und Anliegen einzusetzen – weil es sonst niemand tut. Und zweitens: Die Anwendung politischer Mittel ist Vereinen gestattet, so lange die eigenen Zwecke verfolgt werden. Im Anwendungserlass zur Abgabenordnung ist sogar festgelegt: Auch vereinzelt Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen außerhalb der eigenen Satzungszwecke sind grundsätzlich erlaubt. Auf viele Vereine wirkt diese unklare Rechtslage dennoch verunsichernd und einschüchternd. Aus Angst vor dem Verlust ihrer Gemeinnützigkeit halten sie sich häufig unnötigerweise zurück und beschneiden sich und ihre Arbeit.

MYTHOS NEUTRALITÄTSGEBOT

Was hat es mit dem zunehmend häufig gegen NGOs ins Feld geführten Neutralitätsgebot auf sich? Kurz gesagt: Es ist ein großes Missverständnis. Im Gegensatz zu staatlichen Stellen sind zivilgesellschaftliche Akteure eben nicht zur Neutralität verpflichtet. Auch dann nicht, wenn sie für einzelne Projekte staatliche Fördermittel beziehen. Organisationen sind in ihrem Handeln frei, sie sind Grundrechtsträger, was zum Beispiel Meinungs- und Versammlungsfreiheit angeht, sie dürfen eine klare politische Haltung haben und diese, etwa bei Demonstrationen, so-

gar in zugespitzter Form äußern. Wie das Bundesverfassungsgericht mehrfach betont hat, ist es sogar die Aufgabe des Staates, eine „freie und offene Meinungs- und Willensbildung“ zu gewährleisten. Zwar verbietet das Gemeinnützigkeitsrecht zivilgesellschaftlichen Organisationen, parteiähnlich zu sein oder eine Partei direkt zu unterstützen – keineswegs jedoch müssen sie politisch neutral sein, denn das würde ihre gesellschaftliche Funktion ad absurdum führen.

UND NUN?

Unsere Demokratie steht unter Beschuss. Anstatt die unabhängige Zivilgesellschaft einzuschränken, muss das Engagement für unsere zentralen Grundwerte besser unterstützt werden. Genau jetzt ist der richtige Zeitpunkt für den Gesetzgeber, das Gemeinnützigkeitsrecht ins 21. Jahrhundert zu bringen – ganz im Sinne der vielfach beschworenen wehrhaften Demokratie!

Stephanie Handtmann ist geschäftsführende Vorständin der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“, einem Zusammenschluss von über 220 Vereinen, Organisationen und Stiftungen. Die Allianz setzt sich für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht ein.

Info ... zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de





AUFRUF ZUR DEMONSTRATION

AM 30.08.2025

IN DORTMUND

TERMINE ZUR KOMMUNALWAHL 2025

Am 14. September 2025 werden in Dortmund der Stadtrat, die Bezirksvertretungen, die Vertretenden im Ruhrparlament des RVR und die Integrationsräte gewählt. Die Wahlen entscheiden, welche Parteien in diesen Gremien wie viel Macht erhalten. Das Netzwerk Dortmund Solidarisch ruft im Vorfeld der Wahl zu einer Demo für die solidarische Gesellschaft und gegen rechte Hetze auf.

zentren, stehen ein für die Rechte von Frauen, Lesben, intergeschlechtlichen, nichtbinären, trans und agender Personen, widersprechen rassistischer Hetze und verlangen eine angemessene Infrastruktur in unseren Vierteln, vom Schwimmbad bis zur Verkehrsplanung. Wir sind der Teil der solidarischen Gesellschaft.

Unsere Anliegen werden wir zwei Wochen vor der Kommunalwahl in Dortmund auf die Straße bringen. Wir lassen uns nicht täuschen von denen, die uns gegen unsere Mitmenschen aufhetzen wollen. Wir widersprechen denen, die abwiegeln und gleichzeitig den Schulterschluss mit den Faschist*innen suchen. Unsere Demonstration ist kein Wahlkampf für eine Partei - wer sich unseren Standpunkten anschließen will, ist willkommen

- Wir stehen solidarisch zusammen gegen Rassismus und Antisemitismus.
- Wir fordern ein klares Bekenntnis aller Parteien zum Ausschluss der AfD. Keine gemeinsamen Auftritte, Podien o.ä.
- Wir kämpfen für die solidarische Gesellschaft und fordern die notwendige Infrastruktur.

Auch bei der Kommunalwahl kündigt sich eine Entwicklung an, die seit Jahren in der Bundespolitik zu beobachten ist und seit Anfang 2025 an Fahrt und Bedrohlichkeit gewonnen hat. Einer faschistischen Partei, der AfD, gelingt es zunehmend, die gesellschaftlich vorhandenen Ressentiments, den Rassismus und den Hass auf Menschen, die sich nicht in ihr reaktionäres Gesellschaftsbild einfügen wollen, in Wahlstimmen umzuwandeln. Auch in Dortmund erhoffen sich die rechten Hetzer*innen Stimmengewinne und weitere Sitze in den Stadtparlamenten. Ihr Programm ist die Vertreibung unserer Nachbar*innen, unserer Mitschüler*innen und Arbeitskolleg*innen nach rassistischen Kriterien, das formuliert ihr Spitzenkandidat genau so.

Wir werden uns gemeinsam dieser bedrohlichen Entwicklung entgegenstellen. Wir wollen das gute Leben für alle und die AfD ist aktuell die größte Bedrohung auf dem Weg dahin. Wir stellen ihr unsere Solidarität entgegen.

Wir kämpfen in Gewerkschaften für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, organisieren Kultur- und Stadtteil-

DEMONSTRATION: QUEERER PROTEST STATT STRASSENFEST – RADIKAL FÜR DIE QUEERE BEFREIUNG
15.08. 18⁰⁰
~ Katharinentreppe
~ TransAction Dortmund
Vorabenddemo zum Dortmunder CSD

INFOSTAND ZUR KOMMUNALWAHL
16.08. 12⁰⁰-14⁰⁰
~ Stadteilladen Wilma, Dorstfeld
~ Omas gegen Rechts
In und um den Stadteilladen Wilma in Dorstfeld mit Kaffee, Kuchen, Gesprächen und Spielen mit Kindern

INFOSTAND ZUR KOMMUNALWAHL
23.08. 12⁰⁰-13⁰⁰
~ Platz von Netanya
~ Omas gegen Rechts

PODIUMSDISKUSSION ZUR KOMMUNALWAHL
24.08. 18⁰⁰
~ Nordpol
Welchen Einfluß hat die Faschisierung auf Strukturen der sozialen Bewegung & ihre Zentren?

DEMONSTRATION: SOLIDARITÄT STATT HETZE
30.08.2025 12⁰⁰
~ Platz der Deutschen Einheit
~ Dortmund Solidarisch
Anlässlich der Kommunalwahl demonstrieren Initiativen und Verbände in Dortmund gegen das Fortschreiten von Rassismus und Nationalismus in der Politik und für eine solidarische Gesellschaft.

INFOSTAND ZUR KOMMUNALWAHL
31.08.2025 12⁰⁰-14⁰⁰
~ Harkortstraße
~ Omas gegen Rechts
Im Rahmen des Stadtteilstestes in der Harkortstraße, Hombruch

VORTRAG: POLITISCHE ARBEIT UND GEMEINNÜTZIGKEIT
4.9. 19⁰⁰
~ SÖZ
~ NaturFreund:innen Dortmund Nord

DEMONSTRATION FÜR SICHERE UND GERECHTE VERKEHRS- UND SCHULWEGE IN DER DORTMUNDER NORDSTADT
5.9. 12⁰⁰
~ Mehmet-Kubaşık-Platz
~ NaturFreund:innen Dortmund Nord

DIE AFD IM KOMMUNALWAHLKAMPF
11.09.2025 19⁰⁰
~ Nordpol
~ Antifacafé Dortmund
Vor der Kommunalwahl schauen wir uns im Antifacafé die Arbeit der AfD auf kommunaler Ebene näher an.

INFOSTAND ZUR KOMMUNALWAHL
13.09.2025 12⁰⁰-13⁰⁰
~ Platz von Netanya
~ Omas gegen Rechts
Infostand mit anschließendem Flashmob

WAHLRUNDE
14.09.2025 12⁰⁰-22⁰⁰
~ Nordstadt
~ Black Pigeon, freilicht.nord, Kasino, Langer August, Nordpol, Offenes Zentrum, SÖZ, Stallgasse
Nordstadt gemeinsam gegen den Rechtsruck! Auch zur Kommunalwahl öffnen die linken und alternativen Läden der Nordstadt gemeinsam ihre Türen. Gerade jetzt brauchen wir Orte für Gemeinschaft und Solidarität - in unserer Stadt, in unserer Nachbar:innenschaft. Ob ihr wählt oder nicht: Kommt vorbei!

WAHLTAGS-KAFFEEKRÄNZCHEN
14.09. 14⁰⁰-18⁰⁰
~ freilicht.nord Garten
~ freilicht.nord
Kommt vor oder nach dem Wählen bei uns vorbei, stürzt euch in hitzige politische Diskussionen oder lasst die Seele baumeln bei einem mitgebrachten Buch im Garten. Wir servieren euch dazu Tee, Kaffee und Kuchen.



Alle weiteren Termine zur Kommunalwahl 2025 findest du unter



<https://latscher.in/topics/do-solidarisch>